

Arbeiter

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Brief pränumerando...
Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Ver-
einabonnements: 1,20 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Verordnungs-
sammlung. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2,00 Mark, für das übrige Ausland
4 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an Belgien, Dänemark,
Polen, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Verlagstag.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Rotar-
zeile oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gesellschaftliche Schreib-
und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf.
Kleine Anzeigen, das jeitgedruckte
Wort 20 Pf. (zuletzt jeitgedruckte
Wort). Jedes weitere Wort 10 Pf.
Einschlagische und Einschlag-An-
zeigen des erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
staben zahlen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Sonnabend, den 28. Oktober 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Morisplatz, Nr. 151 90-151 97.

Ernst v. Körber österreichischer Ministerpräsident

Wien, 27. Oktober.

Wie die Abendblätter vernehmen, hat der gemeinsame
Finanzminister v. Körber die Bildung des Ministeriums
übernommen.

Das Amt, das der frühere Ministerpräsident und bisherige
gemeinsame Finanzminister Oesterreich-Ungarns, Herr Ernst
v. Körber, als Nachfolger des Grafen Stürgkh übernommen
hat, ist recht leicht oder unendlich schwer — je nach dem, wie
sein Träger es auffaßt. Wie die Dinge heute in Oesterreich
liegen, fehlt es nicht an gefälligen Leuten, die bereit sind,
einem Ministerpräsidenten seine Lage zu erleichtern und für
ihn soviel zu tun, daß ihm selbst zu tun fast nichts mehr
übrig bleibt.

Die auswärtige Politik ist die Domäne des ge-
meinsamen Ministers Baron v. Burian, der ein Ungar und Ver-
trauensmann des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza
ist. Sie ist fast ausschließlich vom ungarischen Parlament her be-
einflußt worden. Die Militärverwaltung greift tief, tiefer noch als
in Deutschland, in alle Angelegenheiten des inneren öffent-
lichen Lebens ein. Die Presse steht unter scharfer Zensur,
das Parlament ist ausgeschaltet und seine Zustimmung wird
durch den allezeit gefälligen § 14 ersetzt. Schließlich
geht es eine Zeitlang auch so, und jeder, der in der
Kriegszeit Oesterreich zu besuchen Gelegenheit hatte, muß
das glatte Funktionieren des mechanischen Apparats
anerkennen, der für die breiten Massen ein Existenzminimum
sichert und der Armee die materiellen Grundlagen liefert für
ihre schwere Arbeit. Für einen Ministerpräsidenten, der sich
vornimmt, „in bewährten Bahnen“ zu wandeln und alles
Weiterere der Zeit zu überlassen, bietet sich also ein recht enges
und bequem zu übersehendes Arbeitsfeld.

Ganz anders muß sich aber die Aufgabe für einen Mann
stellen, der sich dessen bewußt ist, daß die Entwicklung des
österreichischen Staatsproblems durch den Krieg nur scheinbar
und äußerlich zum Stillstand gelangt ist, und daß
brennende Fragen ihrer Lösung harren. Da ist zunächst das
Verhältnis zu Ungarn, das wieder ins Gleichgewicht gebracht
werden muß, nachdem der maßgebende Einfluß unter dem
Regime Stürgkh so gut wie ganz auf die andere Reichshälfte
übergegangen war. Als Vorarbeit für die künftige Regelung
des Verhältnisses zum Deutschen Reich ist eine Erneuerung
des Ausgleichs unerlässlich. Wie soll aber diese notwen-
dige Arbeit geleistet werden ohne die Wiedereinberufung des
Parlamentes? Wäre das Parlament nur einem Ver-
fassungskonflikt erlegen, als Opfer absolutistischer Gelüste, so
wäre die Lösung noch verhältnismäßig einfach. Aber das
Parlament ist nicht von äußerer Gewalt unterdrückt worden,
es ist durch seine innere Krankheit, die Obstruktion, in einen
todesähnlichen Schlaf verfallen, und seine Wiederbelebung ist
nur möglich durch die Lösung der Nationalitäten-
frage. So greift eins ins andere. Wer sich nicht auf die
Laaffische Resignation des Fortwurstelns und Durchhaltens
zurückziehen will, der muß ein Kiese sein an Kraft und an
optimistischem Zukunftsglauben, denn an der Arbeit, die vor
ihm liegt, sind noch alle österreichischen Ministerpräsidenten
gescheitert: auch Ernst v. Körber!

Auf das lange Ministerium Laaffe (1879—1893) folgte
die deutsch-liberal-kerikal-polnische Koalitionsregierung des
Fürsten Windischgrätz (bis 1895), das Kabinett Badeni (bis
1897), Gautsch (bis 1898), Chan (bis 1899). Dasselbe Jahr
sieht noch die beiden kurzlebigen Ministerien Clary und
Wittke, und am 18. Januar 1900 bildete der im Jahre 1850
geborene Ernst v. Körber sein erstes Kabinett, dem die für
österreichische Verhältnisse überaus lange Lebenszeit von fast
fünf Jahren beschieden sein sollte. Am 30. Dezember 1904
sah auch diese Regierung durch innere Wirren ihr Ende.
Während im Reichsratsplenum die tschechische Obstruktion
herrschte, stimmte die Budgetkommission eine Kreditforderung
Körbers nieder, der den Reichsrat daraufhin vertagte. Schließ-
lich führte ein scharfer Konflikt zwischen der „Los-von-Rom-
Bewegung“ und den kerikalischen Strömungen, die von einfluß-
reichen Kreisen unterstützt wurden, zur Demission.

Die Zeit nach Körber hat dann Oesterreich — unter dem
Ministerium Bed — den großen Fortschritt des allgemeinen
Wahlrechts gebracht, aber die Peßimisten behielten recht, die
auch in dieser großen Reform nur den Anfang zur Beseiti-
gung der inneren Schwierigkeiten erblickten. So trat schon
der verbliebene Ministerpräsident, Graf Stürgkh, eine ziem-
lich hoffnungslose Erbschaft an — bis der Krieg kam und alle
auseinanderstrebenden Elemente in dem eisernen Ring des
notwendig gewordenen Existenzkampfes zusammenfaßte.

Aber die inneren Gegensätze im Lande waren damit nur
von der Oberfläche verjag worden. Das ist kein Wunder in
einem Staat, der in nationaler wie in sozialer Beziehung
differenziert ist, wie kaum ein anderes Land der Welt. Selbst
die Einheit der Arbeiterbewegung litt unter der allgemeinen
Zerrissenheit. Niemand vermag sich noch das Oesterreich nach
dem Kriege vorzustellen, niemand weiß, wie sich dann das
Verhältnis zwischen Deutschen, Tschechen, Südslaven, Polen
u. w. zwischen kerikalismen und fortschrittlichen Richtungen,
zwischen Stadtbevölkerung und Agrariern, zwischen Unter-

Weitere Fortschritte in der Dobrudscha. Deutsche Torpedoboote im englischen Kanal.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. Ok-
tober 1916. (W. Z. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
Bei starker Feuerfähigkeit der Artillerie ist es nördlich
der Somme nur zu Gefechten von Erkundungsabteilungen
gekommen.

Auf dem Südufer ist durch unser auf die feindlichen
Gräben gelegtes Wirkungsgeschütz ein sich vorbereitender An-
griff der Franzosen im Abschnitt Fresnes—Mazancourt—
Chaulnes niedergehalten worden.

Seeresgruppe Kronprinz.

Der Artilleriekampf war tagsüber auf dem östlichen
Maaduser zwischen Psefferrücken und Woivre sehr heftig.
Mittags griffen die Franzosen unsere Stellungen östlich
von Fort Donanmont an; sie wurden verlustreich ab-
gewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz
Leopold von Bayern.

An der Schtschura wiederholten die Russen noch zwei-
mal vergeblich ihre Angriffe; die stürmenden Kompagnien
wurden von der Grabenbesetzung durch Feuer zurück-
getrieben.

Weiter südlich an der Wodjma-Mündung nahmen
schlesische Landwehrlente eine russische Vorposten-
stellung und brachten einen Offizier, 88 Mann gefangen ein.

An der Lucler Front dauerte im Abschnitt von Riffelin
starkes Artilleriegeschütz der Russen an; um Mitternacht er-
folgte ein Angriff, der vor unseren Hindernissen im Feuer
zusammenbrach.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Südtail der Waldkarpathen sind erneute russisch-
rumänische Angriffe gescheitert.

Vorstöße des Feindes an der Ostgrenze von Sieben-
bürgen sind zurückgeschlagen worden.

Südlich von Predeal und in Richtung Campolung
haben unsere Angriffe Fortschritte gemacht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls
von Mackensen.

Die Verfolgung der geschlagenen Dobrudscha-Armee
wird fortgesetzt. Die Segedun von Sarjova ist von den
verbündeten Truppen erreicht.

Mazedonische Front

Keine wesentlichen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Vorstöß deutscher Torpedoboote nach der englischen Küste.

Amtlich. Berlin, 27. Oktober. (W. Z. B.)

In der Nacht vom 26. zum 27. Oktober stießen Teile
unserer Torpedobootstreitkräfte aus der deutschen Bucht
durch die Straße Dover—Calais bis zur Linie Folkestone
—Boulogne in den englischen Kanal vor. Nach bisheriger
Meldung des Führers der Torpedoboote, Kommodore
Michelsen, wurden zum Teil unmittelbar vor den feind-
lichen Häfen versenkt mindestens elf Zerstörer und
einzelne Leute der Besatzungen konnten
gerettet und als Gefangene eingebracht werden. Mehrere
andere Wachfahrzeuge und mindestens zwei Zerstörer
wurden durch Torpedotreffer und Artilleriefeuer schwer
beschädigt.

Ferner wurden der englische Postdampfer
„Ducen“ südlich Folkestone versenkt, nachdem der Be-
satzung Zeit zum Aussteigen gegeben war.

Im Kanal bei Barne-Zenerich herrschte ein auf-
fallend reger Verkehr von Lazaretttschiffen.

Unsere Torpedoboote sind wohlbehalten und ohne
jeden Verlust in die deutschen Gewässer zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. Oktober 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird
verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generals der Kavallerie
Erzherzog Carl.

Unsere Angriffe nördlich von Campolung und südlich von
Predeal machten Fortschritte. An der ungarisch-rumänischen Ost-
grenze wurden feindliche Gegenstöße abgelenkt.

Bei Sara Dornei nahmen unsere Truppen einen russischen
Höhenstützpunkt, Gegenangriffe der Russen scheiterten.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Im Bereiche der österreichisch-ungarischen Streitkräfte nichts
von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die feindliche Artillerie- und Mörserfertigkeit gegen die
Stellungen auf der Karsthohe und die dahinter liegenden
Räume steigerte sich zeitweilig zu großer Heftigkeit.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

In Albanien nichts Neues.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Geyer, Feldmarschalleutnant.

nehmertum und Arbeiterschaft gestalten wird. Und diese voll-
kommene Ungewißheit mit ihren Hoffnungen und Besürch-
tungen schafft auch während des Krieges einen Zustand der
Unruhe, der unter der Decke des Ausnahmezustandes nur not-
dürftig verborgen ist.

Die Bewegung für die Einberufung des Parlaments
zeigt, daß die „Neuorientierung“ in Oesterreich nicht bis nach
dem Kriege verschoben werden kann. Ist sich aber der neue
Ministerpräsident dieser Tatsache bewußt, dann steht er vor
einer unabsehbar großen Aufgabe. Man wird in der ganzen
Welt seinen ersten Taten mit großer Spannung entgegen-
sehen, denn bald muß sich zeigen, ob Graf Stürgkh in ihm
eben nur einen Nachfolger gefunden hat, der einen leer ge-
wordenen Platz einnimmt, oder ein Mann in die politische
Arena tritt, der sich dazu berufen fühlt, Schöpfer eines neuen
Oesterreich zu werden.

Ein Wiener Arbeiter schreibt uns:

Dr. Ernst v. Körber ist im öffentlichen Leben Oesterreichs eine
scharf umrissene Persönlichkeit. Er stammt nach Tradition und
Wesen von jenen Beamten ab, die man in Oesterreich als Zo-
sephiner bezeichnet; er ist vor allem ein Verwalter, und zwar einer,
der die Maschine gründlich kennt. Er war Handelsminister, Minister
des Innern, Leiter des Justizministeriums, hat in all diesen Ressorts
manche bureaukratischen Schranken zerissen und hat mit dem Tele-
phon und mit dem Telegraphen regiert. Kurz, er legt Wert dar-
auf, als ein „moderner“ Mensch und Staatsmann zu erscheinen;
natürlich ist er weit davon entfernt, sozialdemokratische Anschau-
ungen zu hegen; aber aus Prinzip und aus Klugheit wird er sich

im Einzelfalle keiner Erneuerung auf wirtschaftlichem und geistigem
Gebiete verschließen, die er für durchführbar hält. Er durchschaut
das parlamentarische Getriebe und die persönlichen Interessen-
streitigkeiten der bürgerlichen Parteien, die er nicht höher ein-
schätzt, als sie es verdienen. Er rechnet mit ihnen und weiß
sie auszunützen; man hat ihm die vielen kleinen und großen
Gefälligkeiten, mit denen er parlamentarischen Einfluß ausgeübt
hat, gar sehr verübelt, und insbesondere geschah das von Seiten der
alten Bureaukratie und derjenigen, welche an den Gefälligkeiten
keinen Teil hatten. Er selbst hat schwerlich das Bedenke an
diesem System übersehen, es aber mit Rücksicht auf seine geübten
Hände und in Erkenntnis der speziellen Eigentümlichkeiten des
österreichischen Staats, als dessen bewährter Vertreter er auftritt,
in den Kauf genommen. Er ist so nicht der Mann der großen Mittel
geworden; er wagte es nicht, die Wahlreform in die Hand zu
nehmen und überließ sie seinen Nachfolgern, obwohl er mit ihr ein-
verstanden gewesen sein mag. Die Verwaltungsreform, die für
Oesterreich so wichtig ist, hat er in großen Umreifen festge-
setzt, kam aber nicht dazu, sie durchzuführen; man wird er vor die Notwendig-
keit gestellt werden, seine Ideen auf seinem eigenen Gebiete zu
verwirklichen. Als Gegner der Autonomie der Nationen und der
Kreiseinteilung kann er nicht gelten, er wird vielmehr die einzelnen
Machregeln vom Standpunkt des praktischen Verwaltungsbeamten
ermägen. Er wird aber ferner auch in diesen Ausnahmezuständen
sich als der Anhänger der verfassungsmäßigen Freiheiten zu be-
währen haben, als der er sich in seiner ersten Ministerpräsidentenschaft
gezeigt hat — nicht durch Einführung neuer Gesetze, sondern durch
liberale Auslegung der bestehenden. Es ist kein Ruhm gewesen,
daß unter seinem Regime die Pres- und Versammlungsfreiheit zur

Lafache wurden. Im Gegensatz zu früheren Zeiten wurde unter Körber überhaupt nicht mehr konfisziert, waren die Postkontrollen auf jedem Gebiete abgeschafft. Dadurch hat er in Oesterreich geradezu bahnbrechend gewirkt, und seine reaktionären Nachfolger haben erst allmählich den vormärzlichen Geist, der während des Krieges wieder zur vollen Blüte kam, wiederbelebt. Hier bietet sich ihm nun wieder ein großes Feld der praktischen Tätigkeit, und man kann hoffen, daß er hier den Kampf gegen entgegengesetzte Strömungen aufnehmen wird. Auch für den Fortschritt in der Sozialpolitik war er nicht ohne Verständnis. Ob er den Rat haben wird, das Parlament einzuberufen, steht dahin; als Meister der Verhandlungskunst wäre er dazu berufen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, und das Parlament wäre ihm in dem notwendigen Widerstande gegen die übertriebenen Forderungen Ungarns ein notwendiger Bundesgenosse. In der auswärtigen und Handelspolitik ist von ihm zu erwarten, daß er die Annäherung an Deutschland, die eine Lebensfrage für Oesterreich ist, mit Ueberzeugung unterstützen wird. Wie sich dieser wohlwollende Skeptiker, der jetzt als Vermittler Bosniens einige der ärgsten Schattenseiten Oesterreichs kennengelernt hat, die Zukunft dieses Staates vorstellt, steht freilich dahin. Er ist nicht überschüssig und fordert nicht zu überschüssigen Hoffnungen heraus, die in der Natur des österreichischen Staates und in der gegenwärtigen Lage ihre nur zu engen Grenzen haben müssen. Aber man kann von ihm, wenn er der Alte geblieben ist, ein Regiment der Klugheit, der Vermeidung unnötiger Härten und, wo es ohne Katastrophen zu machen ist, einen Bruch mit der Tradition einer rückständigen Verwaltung erwarten.

Gegen die Obstruktion, das parlamentarische Schüssel Oesterreichs, wußte sich aber auch Körber keinen anderen Rat als den § 14. Von den 76 Verordnungen, die in der Zeit von Baden bis zu seinem eigenen Rücktritt vom Amte erlassen wurden, tragen nicht weniger als 33 Körbers Unterschrift. Auf dem Boden solcher Verhältnisse bilden sich leicht autoritäre Neigungen aus, an denen es auch Körber nicht fehlt, und die leicht zum Ausgangspunkt eines scharfen Gegensatzes zwischen ihm und der österreichischen Arbeiterklasse werden können.

Wie der „Tägl. Rundschau“ aus Wien gemeldet wird, stellte Herr v. Körber folgende Bedingungen für die Uebernahme des Ministerpräsidentens:

1. Prüfung einiger Punkte der Stuergh-Liszajski Ausgleichtsverhandlungen;
2. eine neue Geschäftsordnung für das österreichische Abgeordnetenhause;
3. ein neues Sprachengesetz für Oesterreich;
4. Schaffung einer nationalen Abgrenzung mit Freieinteilung in Böhmen im parlamentarischen Wege.

Die griechischen Wirren.

Die Ententegeandten beim König.

Bern, 27. Oktober. (B. Z. V.) „Secolo“ meldet aus Athen: Admiral Jounet wurde dem König in einer langen Audienz empfangen. Er gab dem König weitgehende Erklärungen zu den Maßnahmen, die zur Sicherung der Ordnung in Athen getroffen wurden. Raschener erschienen sodann die Befandten Elliot, Guillemin und Bodari beim König. Der russische Befandte wird heute empfangen werden. Die Ententegeandten bezwecken mit diesen Besuchen, jeden Grund des Mißtrauens zwischen der Entente und der griechischen Regierung zu zerstreuen. Elliot stellte den Antrag, die griechischen als Revolutionäre beschafften Offiziere aus der Hoff zu entlassen.

Notiz des B. Z. V.: Dieser Meldung gegenüber verweisen wir auf den deutschen amtlichen Bericht.

Die Absichten der Entente.

Amsterdam, 27. Oktober. (B. Z. V.) „Times“ erfährt aus Athen, daß die Entente ihre Forderung, daß die thessalischen Truppen nach dem Peloponnes gebracht werden sollen, vorläufig fallen gelassen hat. Es wurde ein Dekret ausfertigt, das bestimmt, daß der Jahrgang 1913 nach Hause geschickt wird und die Männer, die im September 1914 aufgerufen wurden, unter der Fahne bleiben, bis der Jahrgang 1916 ihre Stelle einnehmen kann. Wie verlautet, sollen zwei Armeekorps nach Misardoghi (?) gebracht werden. Die Entente will, um die nationale Bewegung zu unterstützen, um jeden Preis vereiteln, daß diejenige, die sich ihr unerschütterlich wünscht, daran verhindert werden. Was die Athener Regierung betrifft, so werden die Ententemächte nicht verlangen, daß sie ihre Neutralität aufhebt, sondern nur, daß die Sicherheit ihrer Armees in Mazedonien gewährleistet bleibt. Von der weiteren Haltung gewisser Blätter und Behörden hängt es ab, ob die französische Polizeikontrolle aufgehoben und die französischen Marine-truppen zurückgezogen werden.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 26. Oktober. (B. Z. V.) Amtlicher Bericht.

Mazedonische Front: Die Lage ist unverändert. Südlich vom Prespaee fand ein Gefecht mit schwachen feindlichen Abteilungen statt. Von der ganzen Front zwischen dem Prespaee und dem Megalischen Meere ist nichts von Bedeutung zu melden, außer schwachem Artilleriefeuer längs der Meeresküste.

Rumänische Front: Der Feind befindet sich auf der ganzen Dobrubtschafont in überstürztem Rückzuge auf Lutscha, Braia und Harjova. Die Verfolgung wird fortgesetzt. Am 25. Oktober nahmen wir 15 Offiziere und 771 Mann gefangen und erbeuteten 15 Maschinengewehre.

An der Donaufont hat sich nichts ereignet.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 26. Oktober. (B. Z. V.) Amtlicher Kriegsbericht. Kein Ereignis von Bedeutung. In der Dobrubtscha setzten unsere Truppen die Verfolgung des geschlagenen Feindes fort.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 26. Oktober nachmittags. (B. Z. V.) An der Front von Verdun ist die Lage unverändert. Die Deutschen versuchten während der Nacht keinen Gegenangriff. Sie beschränkten sich darauf, den Abschnitt von Vouz und Douaumont heftig zu beschleichen. Sonst war die Nacht überall ruhig.

Flugwesen: Ein deutsches Flugzeug wurde durch das Feuer von Automobilschützen in der Gegend von Chauquois in der Nähe der französischen Linien abgeschossen. Ein französischer Flieger griff auf der Straße von Conflans nach Stain eine marschierende Artillerielolonne aus 100 Pferden Höhe an. Er brachte die Führer in Verwirrung, die ihre Befehle nicht verstehen und flüchteten.

Orientalarmee. Nördlich der Verge von Starlow und Grob haben die Serben die Deutschen und Bulgaren geworfen, sich der

Die Schlacht vor Verdun

Erster Abschnitt.

Auf dem Ostufer waren nach Erreichung der allgemeinen Linie Vacheraubille—Douaumont die Operationen zu einem längeren Stillstande gekommen. Der starke französische Gegenruck und die Planierung vom linken Maasufer her ließen ein weiteres Vordringen der östlichen Angriffsgruppe vorläufig nicht angezeigt erscheinen. Dabei mühten wir uns gleichwohl darüber klar zu sein, daß wir den Besitz von Douaumont dauernd nur würden behaupten können, wenn es uns gelänge: erstens das Fort Vouz, das wir nach dem ersten Anlaufe wieder hatten aufgeben müssen, fest in unsere Hand zu bekommen und zweitens auch darüber hinaus unsere gesamte Linie noch weiter gegen Südwesten und Süden vorzutragen. Gegen Ende März gingen wir also auch hier wieder zum Angriff über, der uns am 27. das Fort Douaumont und in den nächsten Wochen bis Mitte April kleinere Geländegewinne brachte. Am 17. April führte dieser Gefechtsabschnitt zur Einnahme einer Bergmaie, welche südlich des Forts Douaumont sich hinzieht und durch ihre überhöhte Lage unsere Stellungen westlich und nordwestlich des Forts sehr un bequem gemacht war.

Nun trat rechts des Flusses wiederum eine Aubepause von einem Monat ein. Die Gefechtskämpfe gegen die schwer zu fassenden Werke und Unterstände sowie gegen die erheblich vermehrte feindliche Artillerie dauerte aber auch hier mit unermüdlicher Heftigkeit fort und stellten an unsere Angriffartillerie große Anforderungen.

Das energische und erfolgreiche Fortschreiten unserer Angriffe auf dem westlichen Ufer bewog die Franzosen zu einem verzweifelten Versuch, den Schwerpunkt der Kämpfe wiederum auf das rechte Maasufer hindüberezuführen. Vom 17. Mai ab setzte schwere Artilleriefeuer auf das Fort Douaumont ein, an dessen Wiedergewinnung die Franzosen in vollkommen richtiger Würdigung seiner hervorragenden Bedeutung für die Verteidigung ihre beste Kraft setzten. Es folgte in den nächsten Tagen ein schwerer und erfolgreicher Angriff auf das Fort, der am 23. Mai zur völligen Vergasung des Forts führte und bis in die westlichen Fortgraben und auf die Nordwestspitze des Forts gelangte.

Aber schon setzte unser Gegenangriff ein. Am 24. und 25. Mai erlitten die Franzosen eine schwere Niederlage. Unser Angriff gewann und die ganze verlorengegangene Linie zurück und stieg sogar noch weit über sie hinaus nach Süden vor. Am 1. Juni wurde der Gaillette-Wald gesäubert, am 2. fiel das Fort Haug in unsere Hand. Nur in den Höhlräumen konnte sich der Feind noch bis zum 7. Juni halten.

Eine weitere große Gruppe von Angriffskämpfen setzte bereits am 8. Juni ein. Sie brachte uns einen erheblichen Bodengewinn südlich des Forts Douaumont. Die Hauptpunkte, welche dabei in unsere Hand fielen, sind das Thiaumont-Werk und das für die Gesamtanlage allerdings nicht bedeutungsvolle Dorf Fleury, welche samt den zwischenliegenden Befestigungsanlagen auf dem Berg rücken „Rote Erde“ am 23. Juni genommen wurden. Gegen diesen Geländegewinn auf dem Ostufer richtete der Feind seitdem eine große Reihe heftigster Gegenangriffe bei Tag und Nacht, die den Beginn der Sommeroffensive überbauten und mit wechselndem Erfolge noch immer im Gange sind. Im Verlaufe dieser Kämpfe ist das Dorf Fleury wieder aufgegeben worden.

befestigten Höhen am Zusammenfluß der Cerna und Strumica bedingt und 100 Gefangene gemacht. Südlich des Predvassetz hat französische Kavallerie, durch Infanterieabteilungen unterstützt, am 24. Oktober die Brücken von Smedda und die Dörfer Golcherda und Kalica besetzt. Auf der übrigen Front hinderte Rebel die Operationen.

Vom 26. Oktober abends. (B. Z. V.) Nördlich der Somme wurde ein Angriffsversuch des Feindes auf das Gebiet Bois l'Abbe südlich von Vouzavesnes mißglücklich abgeschlagen. Der Artilleriekampf dauert an, er ist sehr lebhaft in der Gegend von Sailly-Sailleul sowie südlich der Somme im Abschnitt von Bernandobillers und Chaulnes. An der Front von Verdun war der Tag durch heftige Gegenangriffe des Feindes gekennzeichnet. Viermal griffen die Deutschen die Stellungen an, die wir ihnen in der Gegend von Douaumont genommen haben. Um 8 Uhr 30 Minuten morgens und um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags wurden zwei Angriffe auf das Fort und auf unsere Front südlich davon gemacht. Sie wurden trotz heftiger vorangegangener und begleitender Beschichtung durch unser Artillerie- und Infanteriefeuer gebrochen. Gegen 5 Uhr 30 Minuten ging ein dritter sehr harter Angriff von den Waldungen bei Douaumont aus. Unter das Feuer unserer Batterien und unserer Maschinengewehre genommen, mußten die vier Sturmwellen in Unordnung zurückfliehen, wobei der Feind bedeutende Verluste erlitt. Einige vereinzelte Abteilungen, die sich unserer ersten Linie genähert hatten, wurden gefangen genommen. Schließlich erlitt ein vierter Angriffsversuch auf unsere Gräben südlich des Chauquois-Waldes ebenfalls einen völligen Mißerfolg. Unsere Front wurde vollständig behauptet. Die Gesamtzahl der bis jetzt gezählten Gefangenen übersteigt fünftausend. Dazu kommen noch mehrere Hundert Verwundete, die in unsere Lazarette aufgenommen wurden. Ueberall sonst verlief der Tag ruhig.

Belgischer Bericht. Die belgische Grabenartillerie eröffnete und unterhielt trotz Gegenwirkung der schweren deutschen Artillerie Feuer auf deutsche Schanzarbeiten in der Nähe von Grenzstein 16 an der Pier.

Die englische Meldung.

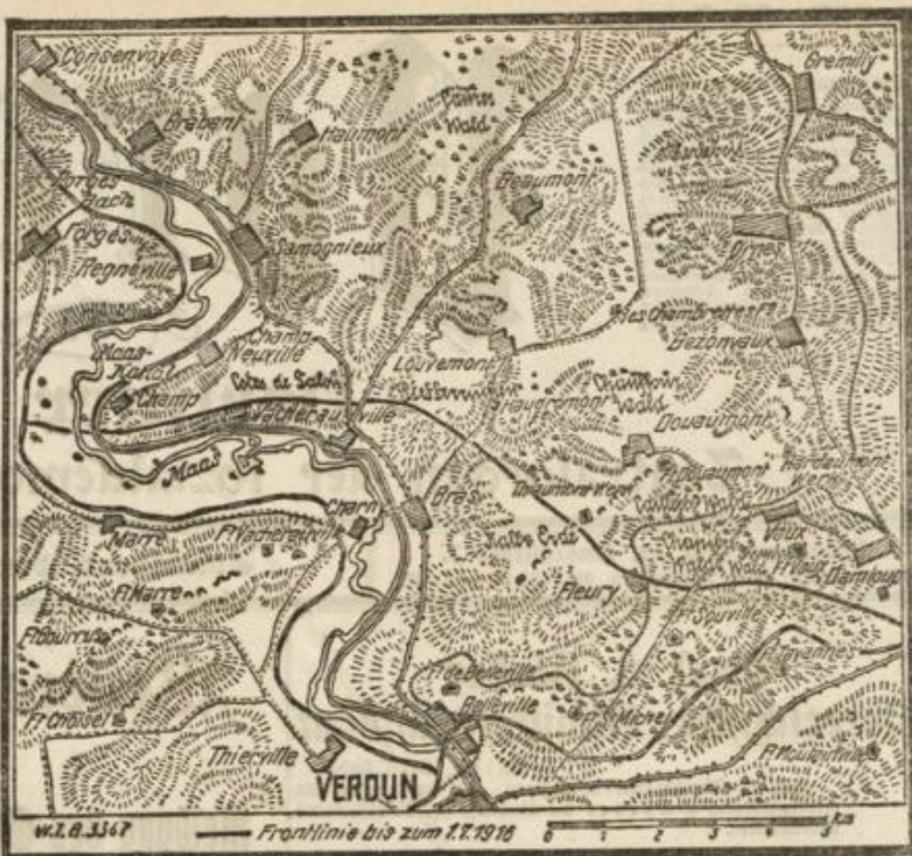
Vom 26. Oktober nachmittags. (B. Z. V.) Es wurden erfolgreiche Ueberfälle auf deutsche Schützengräben bei Wouchy und nordöstlich von Arras unternommen. Es wurde beträchtlicher Schaden angerichtet und es wurden Gefangene gemacht.

Vom 26. Oktober abends. (B. Z. V.) Heute morgen wurde ein Angriff des Feindes gegen den Stützgraben nördlich der Stütz-Schanze mit beträchtlichen Verlusten abgeschlagen. Unsere Artillerie zeigte sich sehr tätig. Die feindliche Artillerie war südlich der Ancre und in der Gegend von Voos tätig. Trotz ungünstigen Wetters betrafen unsere Flugzeuge einige feindliche Depots mit Bomben. Drei unserer Flugzeuge sind nicht zurückgekehrt.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 26. Oktober. (B. Z. V.) Westfront: Kleine feindliche Abteilungen unternahmen in der Gegend von Pohnen (?) aus der Richtung von Jafotichowol (?) (Jozow) Angriffe, wurden jedoch jedesmal zurückgewiesen. In den Waldparthien griff der Gegner, in der Stärke von ungefähr zwei Kompanien, eine 8 Werst nordwestlich vom Kapul-Werge gelegene Höhe an, wurde aber durch unser Feuer aufgeschalten.

Kaukasus. Persische Front: Unsere Truppen besiegten nach erbittertem Kampfe die Stadt Bidjar nordwestlich der Stadt Samadan; sie machten Gefangene und erbeuteten zwei Geschütze.



7. So hat unsere Frühjahrsoffensive bei Verdun uns einen namhaften Geländegewinn eingetragen und unsere Angriffslinie in einer zusammenhängenden Linie bis tief in das System der permanenten Befestigungen des Schpielers der französischen Landesverteidigungslinie hineinverlegt.

Die Franzosen sind bemüht, die Verteidigung Verduns, soweit von einer solchen bei dem verlorenen Nordostsektor der Festung die Rede sein kann, als eine kriegerische Leistung allerersten Ranges hinzustellen und sie rühmen dabei die Energie der Führung und die Tapferkeit ihrer Truppen. Gerade dadurch unterstreichen sie aber die volle Größe der deutschen Angriffsleistungen. Der Sieg wurde von den deutschen Truppen erlangt gegen einen Feind, der alle Vorteile der systematisch ausgebauten Dauerbefestigung für sich geltend machen konnte, während für den Angreifer sich der Zwang ergab, jeden Fußbreit Bodens nicht nur zu erobern, sondern auch ihn als Grundlage weiterer Angriffstätigkeit auszubauen und insbesondere für das schwere Geschütz die nötigen Anmarschwege und Stützpunkte im feindlichen Feuer zu schaffen.

Was dabei unsere Truppen an frischem Draufgängerem, an zähem Festhalten des Errungenen, an freudigem Ertragen unerhöhrter Strapazen und Schrednisse aller Art und an nie verlassener Angriffseubigkeit geboten haben, steht auf der höchsten Höhe des Heldentums. Der Gewinn, den sie dadurch erlangten, ist beträchtlich: Wir haben Einblick in das Wesen von Verdun, in die Stadt, auf die Raasbrücken und die Bahnlinsen und können alle diese Punkte unter wirksamster Feuer nehmen. Damit ist Verduns Wert als Schpielers der französischen Landesbefestigung zwar noch nicht völlig beseitigt, aber stark vermindert, seine Bedeutung als Brückenkopf und Aufmarschgelände für einen Angriff aber schon völlig ausgeschaltet. (B. Z. V.)

Rumänische Front (Nordostfront): Den rumänischen Truppen gelang es, einen Vorstoß überlegener feindlicher Kräfte abzuhalten.

Dobrubtschafont: Der gegnerische Vorstoß ist etwas schwächer geworden.

Rumänischer Bericht.

Vom 26. Oktober. (B. Z. V.) Nord- und Nordwestfront. Westlich von Pulghez Artilleriekämpfe. Wir nahmen den Berg Kereharas südlich von Biaz, im Trotustale ist die Lage unverändert. Im Ustale wurde der Feind nach Westen bis zum Rosolihügel zurückgeworfen. Im Dintustale geht der Kampf jenseits der Grenze weiter. Wir machten einen Offizier und 137 Soldaten zu Gefangenen. Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Feind an der Westgrenze der Moldau nach heftigen Kämpfen überall über die Grenze zurückgeworfen worden ist. Er hält gegenwärtig nur ein kleines Geländestück zwischen Spiliga und Trotus und eine kleine unbedeutende Stellung im Ustale besetzt. Seine Verluste sind sehr groß. Im Ustale bei Tablabuz, Oratocea und Predelus nichts Neues. Der Kampf geht südlich von Bredeal weiter. Die feindlichen Angriffe wurden abgewiesen. In der Gegend von Drogo-lawle wurden wir heftige Angriffe des Feindes zurück. Im Ustale nichts Neues. Im Ustale rückt der Feind in der Gegend westlich des Tales vor. Der Armeeführer General Dragulita wurde bei der Leitung der Operationen in dieser Gegend verwundet. Bei Orfova Artilleriekampf.

Südfront. An der Donau einige Kanonenschiffe. In der Dobrubtscha nichts Neues.

Rumänische Untaten.

Berlin, 27. Oktober. (B. Z. V.) Die fortgesetzten Untersuchungen über rumänische Untaten in Siebenbürgen ergeben weitestgehendes Anklagematerial. So bestätigen die amtlichen Aussagen von fünfzehn Zeugen den folgenden Vorgang: Am 26. September gerieten von einer vorgehenden Abteilung der 2. Kompanie des bayerischen Leibregiments 37 Mann südlich der Eisenbahnbrücke am Roten-Turm-Park in rumänische Gefangenschaft. Sie wurden von den Rumänen ausgeplündert und mißhandelt, ausgesprochenenmaßen aus Rache für die schweren Verluste, die den Rumänen in dem vorausgegangenen Gefechte zugefügt waren. Am nächsten Morgen wurden die Gefangenen an ein nahegelegenes Flußbett geführt und von einer rumänischen Abteilung unter dem Kommando eines älteren Offiziers unter regelrechtes Schützenfeuer genommen. 30 Mann brachen sofort bei zusammen. Zwölf wurden sehr schwer verwundet. Nur das plötzlich einsetzende deutsche Maschinengewehrfeuer verhinderte die Riederhebung der sämtlichen mehrlosen Gefangenen und beanlagte die Rumänen zu loyloser Flucht.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 25. Oktober. (B. Z. V.) „Gloyst“ meldet: Der dänische Dampfer „Elf“ (2175 Tonnen), der britische Schoner „Tweed“ (7), der belgische Dampfer „Comtesse de Flandre“ (1810 Tonnen), die norwegischen Dampfer „Sola“ (9057 Tonnen) und „Dag“ (963 Tonnen) und der britische Schoner „Twig“ (128 Tonnen) sind gesunken.

Kristiania, 26. Oktober. (W. L. B.) Die Mannschaft vom Bordgrunder Dampfer „Kathinka“ ist heute mit einem englischen Dampfer hier angekommen. „Kathinka“ wurde am letzten Donnerstag 126 Seemeilen von der norwegischen Küste von einem deutschen U-Boot in Brand gesetzt. Das Schiff war mit Grubenholz beladen.

Berlin, 27. Oktober. (W. L. B.) Von deutschen U-Booten wurden nachstehende feindliche Dampfer versenkt: Englischer Dampfer „Lotusmere“ (2911 Tonnen), mit 7000 Tonnen Kohlen nach Archangelsk, am 2. Oktober; russischer Dampfer „Erika“ (2480 Tonnen), mit 3500 Tonnen Kohlen von Veltz nach Archangelsk und englischer Dampfer „Grantingham“ (2617 Tonnen) mit Grubenholz von Archangelsk nach England am 4. Oktober.

Ein britischer Minensucher versenkt.

London, 26. Oktober. (W. L. B.) Amtlich. Der britische Minensucher „Genista“ ist von einem feindlichen U-Boot torpediert und versenkt worden; alle Offiziere und 78 Mann sind umgekommen, zwölf Mann wurden gerettet.

London, 27. Oktober. (W. L. B.) Amtlich. Die Admiralität teilt mit: Letzte Nacht versuchten zehn feindliche Zerstörer einen Heberfall auf unseren Transportdienst im Kanal. Der Versuch mißglückte. Ein leeres Transportschiff wurde versenkt, die Besatzung wurde gerettet. Zwei feindliche Zerstörer wurden versenkt, die anderen wurden vertrieben. Man fürchtet daß ein britischer Zerstörer verloren ging. Neun Mann der Besatzung wurden gerettet. Ein anderer Zerstörer wurde torpediert und an Strand gesetzt.

Die norwegischen Schiffsverluste.

Kristiania, 26. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Rikswarischen Bureaus. Der gesamte Kriegsverlust der norwegischen Handelsflotte beträgt bisher 268 134 Brutto-Registertonnen, deren Versicherungssumme sich auf 102 015 190 Kronen beläuft. 149 Seeleute sind dabei umgekommen.

Rotterdam, 26. Oktober. (W. L. B.) „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, daß von deutscher Seite angeordnet worden ist, daß in den Niederlanden an norwegischen Schiffen keine Reparaturen mit aus Deutschland stammendem Eisen mehr vorgenommen werden dürfen.

Anmerkung vom W. L. B.: Diese Anordnung kommt nur für solche Schiffe in Frage, die für Deutschlands Feinde beschäftigt sind.

Kein deutsches Ultimatum.

Kristiania, 27. Oktober. (W. L. B.) Um den umlaufenden Gerüchten von einem deutschen Ultimatum entgegenzutreten, schreibt „Aftenposten“ unter der Überschrift „Gerüchte“, daß die norwegische Regierung erst nächste Woche auf die deutsche Note antworten werde, und daß bis dahin nichts geschehen könne, wenn die Allgemeinheit ihre Ruhe und Besonnenheit bewahre.

Norwegen und Deutschland.

Während die gesamte bürgerliche Presse Norwegens sich in heftigen Ausdrücken gegenüber dem Protekt Deutschland erhebt, bringt das Zentralorgan unserer norwegischen Bruderpartei „Socialdemokraten“ in der Nummer vom 25. d. M. einen Beitrag, der die Streitfrage in ruhiger, objektiver Weise erörtert und gegen die heimischen Sädelrasseler Front macht. Das Blatt schreibt u. a. (laut einem telegraphischen Bericht der „Frank. Jg.“ aus Kristiania):

„Es sieht so aus, als ob die deutschen Raubboote die wichtigsten Straßen der norwegischen Küste blockierten. Sie liegen außerhalb der Territorialgrenze und passen jedem Schiff auf, das sich aus den Territorialgewässern herausbegibt. Es hat also den Anschein, daß der Raubboot-Erlaß der norwegischen Regierung, soweit er das norwegische Seeterritorium betrifft, die Stellung der norwegischen Schifffahrt außerhalb der Territorialgewässer nicht verbessert hat. Wenn wir somit der Mitteilung der Regierung an die Öffentlichkeit nach den fürchterlichen Versenkungen im Eismeer mit ihren Verlusten an Menschenleben zugestimmt haben, so wäre es doch wohl möglich, daß die from den Raubbootverboten glücklicher gewählt sein könnte. Das Blatt bemerkt weiter: im Prinzip sei das Verbot wohl richtig; denn man könne nicht zugeben, daß Deutschland das Recht habe, zu sagen, das Verbot stehe im Widerspruch mit dem Völkerrecht. Aber das jede Sädelrasseln hätte die norwegische Regierung unterlassen können, ja sie hätte es unterlassen müssen; denn es hätte nur herausfordernd wirken können, ohne den Respekt vor dem kleinen Norwegen zu vergrößern. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, müsse die norwegische Regierung jedesmal, wenn die norwegischen Interessen ungeschützt verlegt wären, sich begnügen, im Namen des Rechts und der Moral einen klaren, deutlichen Protest niederzulegen und darauf aufmerksam zu machen, welche Folgen derartige Übergriffe auf die allgemeine Stimmung hätten. Für Norwegen sei das Prinzip, Macht gegen Macht zu setzen, nur lächerlich. Der Umstand, daß Deutschland der norwegischen Regierung einen „nachdrücklichen“ Protest überreicht habe, genüge ja zur Beurteilung der Situation.“

„Socialdemokraten“ bestreitet sodann die Berechtigung des Protestes, beruft sich dabei auf die schwedische Presse und fährt fort: Wir können es uns nicht anders denken, als daß es der norwegischen Regierung glücken wird, der deutschen Regierung begründlich zu machen, daß das Raubbootverbot nicht mehr gegen Deutschland als gegen alle anderen Kriegführenden gerichtet ist, und daß es der bestimmte Wille der norwegischen Regierung ist, eine unparteiische Neutralität nach allen Seiten hin zu bewahren. Die augenblickliche Spannung zwischen den beiden Ländern wird deshalb nicht noch straffer werden können, im Gegenteil gehen wir davon aus, daß die nächsten Tage eine gewisse Erleichterung bringen. Auf eines aber muß die norwegische Regierung in diesem Zusammenhang ihre Aufmerksamkeit gerichtet haben, und das ist die Tätigkeit der Schiffsreederei in dieser Zeit. Wir haben früher betont, daß die Reeder selbst zum großen Teil schuld an dem rücksichtslosen Krieg gegen unsere Schiffe sind durch den ausgedehnten Baumwarenverkehr, den sie treiben. Unser Parteiorgan in Dronheim, das diesem Handel aus näherem Interesse folgen kann, verlangt eine gründliche Untersuchung dieser Verhältnisse, damit die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden können. Wir sind darin einig, daß wir können die jetzigen Kontrebanden der Kriegführenden nicht akzeptieren, aber jenen Schiffsreedern, die Waren verschaffen, die auch vor dem Krieg als unbedingte Kontrebande angesehen wurden, muß klar gemacht werden, daß dieser Zustand aufzuheben hat. Der Staat kann sich nicht in die größten und gefährlichsten Schwierigkeiten hinein lassen, nur weil einige Schiffsreederei Gelegenheit bekommen sollen, ungeheure Verdienste an der gefährlichsten Kontrebande zu verdienen.“

Die Stellung unserer norwegischen Genossen zu der jetzigen Streitfrage geht aus den obigen Ausführungen klar hervor. Im Prinzip stimmen sie dem Verbot der norwegischen Regierung zu

und lehnen die deutsche Auffassung ab. In der Praxis jedoch verlangen sie, daß die Regierung sich mit einem Protest begnügen und jede Herausforderung vermeiden soll, da eine andere Handlungsweise nur dazu führen könne, Norwegen in den Krieg zu verwickeln. Aus den Worten des „Socialdemokrat“: „für Norwegen sei das Prinzip, Macht gegen Macht zu setzen, nur lächerlich“, geht hervor, daß unsere norwegische Bruderpartei, in Anbetracht der besonderen Lage Norwegens zwischen den beiden kämpfenden Mächtegruppen, das Nachsprinzip aus dem Bereich der norwegischen Politik völlig ausgeschlossen wissen möchte.

Wachstumswert ist schließlich die scharfe Kampfanzeige „Socialdemokraten“ an die Kriegsspekulanten, vor allem an die Schiffsreederei, die von skrupelloser Gewinnsuche geleitet davon nicht zurückzudenken, das Land in kriegerische Verwicklungen zu stürzen. Die norwegische Socialdemokratie sieht als Wortführerin der Arbeiterklasse ihre höchste Aufgabe darin, alles zu tun, um das Land vor den Stürmen des Weltkriegs zu bewahren.

Klagen über den Mangel an Einheit bei der Entente.

Genf, 26. Oktober. (W. L. B.) „Journal de Genève“ fordert im Leitartikel wiederum eine einheitliche Leitung der gesamten Ententearmee mit dem Hinweis darauf, welche großen Erfolge die Mittelmächte durch das einheitliche Kommando unter Hindenburg erzielt hätten. In dem einen Lager werde kommandiert, in dem anderen überlegt und verhandelt. Die Vorkantereignisse hätten von neuem diesen Mangel einer Kommando-einheit der Entente gezeigt. Die Entente sei natürlich nicht durch Rumänien's Kriegseintritt überrascht worden, die Mittelmächte dagegen seien es gewesen oder hätten wenigstens so getan. Man habe sich also gesagt: wenn der sehr geschickte Herr Brattianu sich entscheidet, dann tut er es, weil Sarrail für die Offensive bereit ist und die Russen eine Armee zur Verteidigung Bulgariens verfügbar haben. Die Ereignisse hätten das Gegenteil bewiesen. In dem einen Lager habe der Kaiser Hindenburg kommen lassen, der einfach den Feldzugsplan angeordnet habe, und dessen Befehle überallhin gingen, und das Resultat kenne man. Auf der anderen Seite sei die Aktion Sarrails in den ersten Anfängen stecken geblieben. Man habe den Eindruck, daß nur die unglücklichen Serben sich wirklich Mühe gaben. Die russische Oberkommando habe bisher nur ein Whishus zu sein. Die Rumänen könnten Gallenheims und Madonsens Armeen nicht standhalten. Es scheint, daß die Entente von den Ereignissen überrascht worden sei und daß sie herumtaste und einen Weg suche, und daß Rußland nicht die erwarteten Anstrengungen mache.

Asquith über die Hilfe für Rumänien.

London, 26. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Unterhaus. Asquith sagte in Verantwortung einer Anfrage Carsons über die Lage in Rumänien: Ich halte es nicht für möglich oder wünschenswert, im gegenwärtigen Augenblick mehr zu sagen, als daß die militärische Lage Rumänien die sorgsamste Aufmerksamkeit der britischen Regierung und aller ihrer Verbündeten in Anspruch nimmt. Wir haben seit vielen Wochen jeden möglichen Schritt unternommen und tun es noch, um unsere tapferen Kameraden in Rumänien bei dem mutigen Kampf, den sie führen, zu unterstützen. Ich hoffe, daß wir uns nicht zu übertriebenem Optimismus verleiten lassen. In Frankreich, Rußland, Großbritannien und Italien wurden und werden noch gemeinsame Maßregeln ergriffen, bei denen jeder von uns alles, was in seiner Macht liegt, tut, um Rumänien in seinem Kampfe um die Unabhängigkeit zu unterstützen.

Teuerung in England.

Der Bericht, den das von der englischen Regierung eingesetzte Nahrungsmittelpreis-Komitee veröffentlicht hat, stößt im ganzen Lande auf Erstaunen und Unwillen. Er befriedigt nach keiner Richtung hin, nicht einmal die englische Regierung selbst, die vermutlich erwartet, daß die Unterlegungen den Nachweis erbringen würden, daß das Kabinett nichts anderes habe tun können, als was es getan habe. Die Mehrheit des Komitees stellt jedoch fest, daß die Regierung in ihrer Färsorge für die Beschaffung von Lebensmitteln für die Zivilbevölkerung nicht so auf dem Posten gewesen sei wie das Kriegsamt und das Munitionsdirektorium bei ihren Bemühungen für die Versorgung des Heeres mit Nahrungsmitteln und allen anderen notwendigen Waren. Mr. Runciman, als Präsident des Handelsamtes, hat nach jeder Richtung hin verlagert.

Es ist klar, daß diese Tatsache besonders in den minder-bemittelten Kreisen eine sehr gereizte Stimmung hervorgerufen mußte, und wir sehen denn auch, wie sowohl der „New Statesman“, das Blatt der englischen Fabrier, als auch „Justice“, die Wochenchrift der englischen nationalsozialistischen Sozialisten, in äußerst heftiger Weise der Regierung Vorwürfe machen, ganz besonders bemerkenswert ist die Schärfe des Tones in der „Justice“. Sie legen der Regierung zur Last, daß sie die Hände im Schoß alles gehen ließ wie es wollte, obwohl sie sah, daß durch die Aktion des Kriegsamtes für die Arme ungeheure Erparnisse erzielt wurden dadurch, daß genügend Schiffsraum gechartert und die Frachten festgesetzt wurden, daß kolossale Anläufe in den Produktionsländern getätigt, oft der ganze ausführbare Ueberfluß angekauft wurde, und schließlich durch die Verteilung der Einfuhr entweder direkt an die Departements oder unter Festlegung von Höchstpreisen an die Großhändler. Diese Umstände kamen Heer und Marine zugute.

Herr Runciman aber weigerte sich, für die Zivilbevölkerung ähnliche Schritte zu unternehmen, und es wird ihm der Vorwurf gemacht, daß er nicht einmal Anläufe von Fleisch und Weizen gemacht habe, als die australische und indische Regierung den Exporthandel selbst übernahmen und die wichtigsten Lebensmittel nach England brachten. Die Folge mußte eine große Preissteigerung sein, besonders auch, weil die englischen Landwirte sich bei den von den Konsumenten geforderten Preisen für die angeblich viel zu niedrig festgesetzten Preise des Kriegsamtes für das Heer schuldig zu halten suchten.

Die Vorkantereignisse, die das Komitee der Regierung für die Zukunft unterbreitet, bewegen sich auf folgender Linie: Einkauf und Import von Nahrungsmitteln auf eigene Rechnung, Begrenzung der Gewinne der Händler, Einrichtung kommunaler Verkaufsstellen durch die lokalen Autoritäten, Verbot des Schachtelns von Milchfäßen und offizielle Registrierung der von den Landwirten verkauften Milchmengen und ihr Preis, sowie die Ermütigung der Kommunen, selbst die sozialen Einrichtungen mit Milch zu versorgen, so daß vor allem die Kindermilch dem privaten Handel entzogen wird. Werden diese Vorschläge tatkräftig durchgeführt, woran jedoch der „New Statesman“ zweifelt, so mögen sie gewisse Erleichterungen bringen, aber eine vollkommene Abhilfe der bestehenden Mißstände können sie nicht sein, schon aus dem Grunde nicht, weil die zwei Jahre totenlosen Zuschauens nicht mehr ausgeglichen werden können.

Ein weiteres Hindernis des gegenwärtigen Zustandes ist aber auch nicht möglich. Unzuliebeheit macht sich überall im Lande bemerkbar. Die Arbeiter verlangen eine andere Festsetzung der

Löhne; so verhandeln die Eisenbahner mit der Regierung über eine gleitende Lohnskala, die die 600 000 Eisenbahnangehörigen vor einem Sinken ihres wirklichen Einkommens bewahren soll, wenn die Regierung nicht instande ist, die Preise zu regulieren. Die Vergarbeiter werden folgen, und wohl oder übel wird die Regierung auch die Unterstützungen der Kriegsfamilien erhöhen müssen. Dazu kommen noch sechs oder sieben Millionen, die nach dem Munitionsgesetz freieren nach einem höheren Lohn als den von der Regierung vorgeschriebenen erlangen können. Wenn man bedenkt, daß unter diesen wie das Departementskomitee schreibt „noch erwachsene Frauen sind, die an Regierungsaufträgen bei voller Arbeitszeit zu Löhnen unter 14 Schilling pro Woche arbeiten, und denen gesetzlich verboten ist, ihre Arbeit zu verlassen“, so erhält man einen Begriff davon, daß auch in England die Frage der Lebensmittelpreise brennend wird, obwohl diese im Durchschnitt bei weitem nicht so stark gestiegen sind, als in Deutschland.

Eine Erklärung für die Verschärfung der Preisregulierung, die nur gleichzeitig mit einer starken Verminderung der Produktion stattfinden kann, gibt uns „Justice“, die daran erinnert, daß Herr Walter Runciman, der Präsident des Handelsamtes, der Hauptvertreter der mächtigen Schifffahrtsinteressen im englischen Kabinett ist. Was wunderbar, daß er die staatlichen Eingriffe in die Schifffahrt nicht fördert, sondern hintertreibt. Das Handelsamt wird von „Justice“ überhaupt der korrupteste Körper im öffentlichen Dienst Englands genannt.

In dem Komitee für Nahrungsmittelpreise sitzen auch zwei Arbeitervertreter, der nationalsozialistische Ethnes und der internationale Anderson. Beide konnten nichts ausrichten, sie waren in der absoluten Minderheit, und sie müssen sich nun gefaßt lassen, daß man ihnen sagt, daß ihre Kräfte an anderer Stelle wertvoller hätten leisten können.

Aus der französischen Kammer.

Bern, 26. Oktober. (W. L. B.) Die französische Kammer hat gestern den Antrag auf Gewährung einer Prämie von drei Franken von Regierung wegen für jeden Doppelzentner der Getreiderente 1917 beraten. Die Abgeordneten, die diesen Antrag unterstützten, wiesen auf die heutige Missernte hin. Robert fand die gesamte Maßregel verspätet. Der Landwirtschaftsminister erklärte, daß der Antrag von der Regierung gebilligt werde; er wies jedoch insbesondere auf die Ungünstigkeiten in der Beschaffung und Verteilung von Futtermitteln hin.

Die „Temps“ zu der Kammerführung am Mittwoch ausführlich, besteht die Gefahr, daß die Ernte von 1917 noch geringer ausfällt als die heutige, wenn die Saatarbeiten nicht unterstützt werden.

Nachmusterung in Frankreich.

Bern, 26. Oktober. (W. L. B.) Die Heereskommission des französischen Senats hat nach einer Beratung wegen der Mannschottsbestände beschloffen, zu dieser Frage möglichst bald die Regierung zu hören. Die zurückgestellten und militärfreien Reute der Jahrgänge 1918 bis 1917 haben Befehl bekommen, sich spätestens binnen 10 Tagen zur Nachmusterung zu stellen.

Abgeordneter Peroy hat im Namen der parlamentarischen Heereskommission eine Denkschrift zugunsten einer Vorlage übergeben, die Jahressklasse 1918 bereits jetzt auszumustern.

Das Urteil im bulgarischen Hochverratsprozeß

Sofia, 26. Oktober. (W. L. B.) Meldung der Bulgarischen Telegraphen-Agentur. Am 21. Oktober 6 Uhr abends wurde vor dem Kriegsgericht in Sofia im Prozeß Chenabiew das Urteil verkündet. Danach werden die Angeklagten, der frühere Minister Nikolaus Chenabiew, Jordan Bonow, Jwan Salatschew, Michel Patow, Staito Rensky, Paul Chenabiew, der Bruder des früheren Ministers, Jwan Angelow, Georg Furtoy, Marko Lotkafew, Andreas Charenow, Raito Daskalow, Gregor Dobjafew, Walden Romanow und Redeltsho Sheorgiew für schuldig erklärt und verurteilt wegen Vergehungen gegen das Strafgesetz in zwei Punkten. Diese beziehen sich auf Verschönerung zum Zweck des Hochverrats. Chenabiew wurde zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Verlust der staatsbürgerlichen Rechte auf weitere 5 Jahre verurteilt. Alle anderen Angeklagten wurden zu je 8 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, ebenfalls unter Entziehung der Rechte auf die Dauer von 5 Jahren nach Abbüfung der Hauptstrafe. Alle Angeklagten haben die Prozeßkosten gemeinsam zu tragen. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Die 14 Verurteilten wurden sofort in Haft genommen, gemäß einem nach der Urteilsfällung erlassenen Verlaß.

Außerdem werden zugunsten des Staatschapes als Mittel, die zur Ausführung des Verbrechens dienen sollten, alle Landbesitzungen beschlagnahmt, die vom Gelde der Organisation beschlagnahmt worden waren. Zudem werden eingezogen alle von der Organisation beschlagnahmte Summen zum Ankauf von Getreide und anderen Dingen sowie die bei den Angeklagten beschlagnahmten oder in ihrem Namen bei der bulgarischen Handelsbank hinterlegten Summen.

Wilson für eine Völkerliga zur Erhaltung des Friedens.

Cincinnati, 26. Oktober. (W. L. B.) Wilson sagte in einer Rede, in der er sich über die Bildung einer Völkerliga zur Erhaltung des Friedens nach diesem Kriege aussprach, dies sei der letzte Weltkrieg, den die Vereinigten Staaten vermeiden könnten. Die Nation sollte bereit sein, wenn nötig, sich ihrer physischen Kraft zu bedienen, um zukünftige Kriege zu verhindern zu helfen. Zuweilen seien unter Verhältnissen, wie den jetzigen, die Pflichten der Neutralität äußerst schwierig zu erfüllen.

Mexiko und die amerikanischen Präsidentschaftswahlen.

Washington, 26. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kriegsdepartement teilt mit, es habe die sichere Nachricht erhalten, daß Gegner der Politik der Regierung gegenüber Mexiko mit Villa und anderen Banditen einen Scheinangriff auf die amerikanischen Truppen an der Grenze oder auf eine Grenzstadt vor Beginn der Präsidentschaftswahlen verabschiedet haben, um Stimmung gegen die Regierung zu machen. Das Kriegsdepartement setzte die amerikanischen Kommandanten an der Grenze, deren Truppen in Bereitschaft gehalten werden, von den Einzelheiten in Kenntnis.

Letzte Nachrichten.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 27. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front. Die Lage ist unverändert. Der Tag verlief verhältnismäßig ruhig. Zwischen Prespaee und Doiransee schwaches Geschützfeuer. Am Fuße der Belasica Planina Ruhe. An der Strumafont schwaches Artilleriefeuer. An der ägäischen Küste beschloß die feindliche Flotte die Höhen bei Orjano.

Rumänische Front: An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe. In der Dobrudscha verlor die verbündeten Truppen den besiegten Feind. Wir haben die Stadt Sarjova besetzt. Längs der Donau Ruhe.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Berliner Holzarbeiter zur Erlangung einer Teuerungszulage findet nicht den Beifall der „Nachzeitung“, des Organs des Arbeitgeber-Schutzbundes für das deutsche Holzgewerbe. Sie sucht durch irreführende Darstellungen der Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geführt worden sind, den Widerstand der Unternehmer gegen die geforderten Zulagen zu stärken.

Die Arbeiter forderten mit Rücksicht auf die abnorm hohen Preise für Lebensmittel und der notwendigen Bedarfsgegenstände eine Teuerungszulage auf die durchschnittlichen Verdienste von 1914 von 40 bis 45 Proz., eine den schwierigen Ernährungverhältnissen gegenüber gewiß recht bescheidene Forderung. Die Arbeitgeber boten ganze 15 bis 20 Prozent, verbunden mit verschiedenen einschränkenden Bedingungen. Darauf konnten sich die Arbeiter natürlich nicht einlassen, da das von ihnen Geforderte das notwendigste dessen war, was ein Arbeiter, um sein Leben zu fristen und seine Arbeitskraft kümmerlich zu erhalten, bedarf. Eine Einigung wurde trotz langer Verhandlungen, wie das offizielle Protokoll richtig wiedergibt, nicht erzielt. Bei einer weiteren Verhandlung teilten die Vertreter der Unternehmer mit, daß sie zu einem höheren Angebot keine Vollmacht hätten; sie wüßten erst ihre Auftraggeber befragen. In beiden Sitzungen wurde von den Arbeitvertretern erklärt, daß ein geringeres Angebot als das geforderte nur auf die bestehenden Verdienste als Teuerungszulage annehmbar sei.

Am 13. September teilten die vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie der Berliner Verwaltung vom Deutschen Holzarbeiterverband mit, daß sie mit einer Teuerungszulage von 15 bis 20 Proz. auf die Friedenspreise einverstanden seien.

Dieses Angebot entsprach wiederum nach seiner Richtung den Wünschen der Arbeiter. Abgesehen davon, daß es viel zu niedrig war, wenn die Zulage auf die Friedenspreise kommen sollte; schon die Spannung zwischen 15 bis 20 Prozent hätte in den Verhältnissen fortwährend Differenzen hervorgerufen, und die Verhandlungen darüber, welcher Arbeitgeber nun 15, wer 20 und wer 25 Proz. zu zahlen habe, wären ins Unerlöbliche gegangen.

Deshalb nahm die Leitung der Berliner Verwaltung vom Deutschen Holzarbeiterverband mit einigen Vorstandsmitgliedern vom Schutzbund Rücksicht, wobei betont wurde, daß auf der Grundlage des letzten Angebots eine Verständigung nicht möglich sei; es müsse vielmehr eine neue Sitzung stattfinden. Hierzu waren die Unternehmer nicht bereit, worauf ihnen erklärt wurde, daß dann die gebotenen 25 Proz. gleichmäßig in allen Verhältnissen gefordert werden müssen, und zwar als Zuschlag auf die gegenwärtig erzielten Verdienste, unter Anrechnung der in mehreren Verhältnissen bereits bewilligten Teuerungszulagen.

Eine Mitgliederversammlung vom Deutschen Holzarbeiterverband nahm dann auch das Angebot von 25 Prozent an, unter der Voraussetzung, daß die Teuerungszulage auf die bestehenden Verdienste verrechnet wird.

Die „Nachzeitung“ bringt nun das nette Kunststück fertig, die Friedensverdienste als Grundlage für die von den Arbeitgebern bewilligten 15 bis 20 Prozent als vereinbart darzustellen. In Wirklichkeit wollten die Arbeitvertreter diese Grundlage für eine Teuerungszulage von 40 bis 45 Proz. gelten lassen.

Die „Nachzeitung“ behauptet ferner, es sei bei keiner Verhandlung „mit keinem Wort davon die Rede gewesen“, daß die Teuerungszulage vom 1. September an nachgezahlt werden solle. Auch diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Von den Arbeitvertretern ist ausdrücklich gefordert worden, daß die Zulage von Beginn der Verhandlungen an (Anfang August) gezahlt werden müsse, damit, wenn sich diese in die Länge zögen, die Arbeiter nicht geschädigt würden. Diese Forderung lehnten die Unternehmer ab. In der Sitzung am 6. September ist dann von den Arbeitvertretern erklärt worden, die Zulage müsse wenigstens am 1. September an nachgezahlt werden. Dagegen erhoben die Arbeitgeber keinen Einspruch. Somit sind die Bemerkungen der „Nachzeitung“ über Ausstellungen, die angeblich gegen die Obermeister gerichtet sein sollen und über Unterstellungen bezüglich angeblicher Zusicherungen seitens dieser Herren, gefuscht und gewunden.

Die von der „Nachzeitung“ beliebte Darstellung hat lediglich den Zweck, kein Mittel unversucht zu lassen, den Berliner Holzarbeitern die Durchführung ihres Beschlusses möglichst zu erschweren.

Die Lohnverhältnisse der Stellmacher.

In der letzten Branchenversammlung der Stellmacher berichtet der Obmann, daß die Geschäftslage im allgemeinen günstig ist und die Branchenleitung anhaltend bemüht war, für die Aufbesserung der Löhne zu wirken, was auch in verschiedenen Fällen Erfolg hatte. Die Stellmacher arbeiten meistens in Afford und haben deshalb wenig Interesse an einer Aufbesserung der Stundenlöhne befundet. Dagegen ist es in vielen Fällen gelungen, die Affordpreise unter dem Einfluß der durch Kriegsarbeiten verursachten günstigen Konjunktur zu erhöhen. Hierdurch, sowie durch erhöhte Anspannung der Arbeitskraft erreichen die Stellmacher im allgemeinen einen wesentlich höheren Verdienst als in Friedenszeiten. Sie haben deshalb kein Gewicht auf die Erlangung besonderer Teuerungszulagen gelegt. Nur in einigen Betrieben sind Teuerungszulagen bis 10 Prozent bewilligt worden. Die zwischen dem Holzarbeiterverband und den Unternehmerorganisationen vereinbarte Teuerungszulage von 25 Prozent kommt für die Stellmacher nicht in Frage, weil sie dem Tarifverträge für die Holzindustrie nicht unterliegen.

Die Frage einer weiteren Teuerungszulage für Kammarbeiter wurde am Donnerstag in einer gemeinsamen Sitzung der Vertrauensleute und der Branchenkommission erörtert. Wie festgelegt wurde, sind die Löhne und Verdienste verschieden. Auf keinen Fall entsprechen sie den heutigen Teuerungverhältnissen, obwohl schon verschiedentlich Teuerungszulagen bestehen, die sich meistens zwischen

5 und 10 Prozent bewegen. Die Vertrauensleute sprachen ihre Enttäuschung darüber aus, daß zum Teil noch sehr niedrige Löhne vorliegen. Die Notwendigkeit einer weiteren Teuerungszulage wurde allgemein anerkannt. Die Vertrauensleute beschloßen deshalb einstimmig, eine Branchenversammlung einzuberufen, die endgültig zur Forderung einer weiteren Teuerungszulage Stellung nehmen soll. Dann besprach man das Hebel der Heimarbeit. Es sollen Schritte getan werden, diesem Hebel abzuhelfen.

Die abgelehnte Erhöhung der Teuerungszulage.

Eine gut besuchte Branchenversammlung der in den Album-, Rappen- und Galanteriewarenfabriken Berlin und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm Stellung zu dem ablehrenden Schreiben der Fabrikanten um Erhöhung der Teuerungszulagen. Die tiefe Unzufriedenheit, die sich in letzter Zeit unter den Beschäftigten dieser Branche bemerkbar macht, so wurde ausgeführt, sei nicht grundlos. Einerseits gehe die ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise, andererseits die in keinem Verhältnis zu den teuren Zeiten auffallend niedrige Entlohnung berechtigten Anlaß hierzu. Die Friedenslöhne, die tariflich im Jahre 1911 mit der Berliner Lederverwarenfabrikantenvereinbarung vereinbart worden, seien tatsächlich nur das mindeste, was Arbeiter und Arbeiterinnen gebäuden, um in normalen Zeiten sich notdürftig über Wasser zu halten. Mit einem Stundenlohn von 60 Pf. für männliche und 40 Pf. für weibliche Arbeitskräfte konnte man wirklich nicht durch Ersparnisse für arbeitslose Zeiten vorbeugen, sondern man lebte, wie man zu sagen pflegt, von der Hand in den Mund. Die Forderung, die Minimalstunden- und Affordlöhne zu erhöhen, ist nicht unbedeutend und unerfüllbar, weil ein guter Beschäftigungsgrad und harter Bedarf an Galanterieartikeln den Fabrikanten Gelegenheit gegeben hat, ihre Löhne selbst von den ältesten Ladenhütern zu befreien. Der Tarifablauf in diesem Jahre gab nun willkommene Gelegenheit, Verhandlungen bei dem Vorstand der Fabrikantenvereinbarung zu beantragen, um eine Aufbesserung der Löhne zu fordern. Das Ergebnis war ein recht mageres. Gewährt wurden 10 Proz. Teuerungszulagen. Das sei so viel wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Die später beantragte Erhöhung der Teuerungszulage sei glatt abgelehnt worden mit der Begründung, eine Veränderung der Verhältnisse habe nicht stattgefunden, und dabei hätten alle Artikel im allgemeinen einen Aufschlag von 70 Proz. erfahren. Es sei daher nicht unbedeutend, wenn die Arbeitnehmer an diesem Aufschlagsbogen teilnehmen und ihre geringe Lebenshaltung verbessern wollten.

Die Versammelten beschloßen einstimmig, mit allem Nachdruck in den einzelnen Betrieben um Erhöhung der Teuerungszulage vorstellig zu werden.

Ausland.

Aus der französischen Gewerkschaftspress.

S. A. Aus der Schweizerischen Gewerkschaftspress erfahren wir den Inhalt der Nummer des „Travailleur du Valais“, des Zentralorgans der französischen Bauarbeiter, der uns in verschiedener Hinsicht symptomatisch erscheint für die Stimmung breiter Schichten der französischen Arbeiter. Volle Töne, wie in Friedenszeiten, wird man freilich auch in diesem Gewerkschaftsblatt vergebens suchen, dafür sorgt schon die „Union sacrée“, die französische Art des „Durchfriedens“ und die gegenwärtige Einrichtung der Penur. Immerhin sieht man deutlich, die französischen Bauarbeiter sind unzufrieden. Wie überall, leidet man unter der Teuerung; wie überall sind die Wünsche an der Arbeit. Es finden Bewegungen statt für Teuerungszulagen. Reist erfolgreiche. Denn das anfangs eingeschlossene Leben in den Gewerkschaften beginnt seit einiger Zeit wieder zu erwachen. Es wird auch wieder gestreift. Doch steht es im französischen Baugewerbe schlecht mit der Arbeit. Gehört es doch nicht zur Kriegswirtschaft.

Auch in Frankreich scheint es Arbeiterführer zu geben, die nach dem Kriege erwarten, daß die Bourgeoisie die Hand dazu reichen werde, um an der Besserung der Lage der Arbeiter mitzuwirken. Das Blatt der Bauarbeiter warnt vor diesem Glauben, der sich als illusorisch erweisen würde.

Schnell nach Frieden geht durch das Blatt, und die Frage, wie man nach dem Kriege arbeiten wolle, nimmt den Hauptteil des Rahmens der Zeitung in Anspruch. Die Holzarbeiter zu Lyon haben einen gemeinschaftlichen Brief an die Redaktion gesandt. Sie warnen darin vor den patriotischen Streikgeplänen der bürgerlichen Presse. Beklagen es, daß man vor dem Kriege zu sehr nur eng korporative Propaganda unter den Arbeitern gemacht. Man habe zu sehr an die sogenannte praktische Arbeit gedacht. Dabei haben die Leute keinen Hebel über die Welt erhalten. Und als dann große Ereignisse kamen, da sei kein Mensch vorbereitet gewesen. Für alle Zukunft müsse man dem abhelfen. Die Arbeiter sollen in der Gewerkschaft zu künftigen Soldaten der sozialen Revolution herangebildet werden, und zwar solle man den Menschen nicht abstrakte Theorien in den Schädel hineinhämmern, sondern mit anschaulichen lebendigen im Hirn des Arbeiters sich bewegenden und wirkenden Vorstellungen arbeiten. Hierbei verfährt sich das Blatt auch keineswegs der sogenannten praktischen Alltagsarbeit. Eingehend werden die künftigen Probleme der Friedensarbeit, darunter auch die Frage der ausländischen Arbeiter, erörtert; recht gründlich wird auch die Frage einer künftigen internationalen Gewerkschaftskonferenz zur Zeit und am Ort der künftigen Diplomatenkonferenz behandelt, die die Friedensbedingungen Europas beraten soll. Interessant ist zu hören, was die Forderungen der Arbeiter an die europäische Diplomatenkonferenz nach Ansicht der französischen Bauarbeiter sein sollen.

In die künftigen Friedensverhandlungen müssen erstens folgende Forderungen aufgenommen werden: politische und ökonomische Unabhängigkeit der Völker, Abschaffung der Geheimdiplomatie, obligatorische Schiedsgerichte zwischen den Völkern. Damit sei die Grundlage gegeben für die Vereinigten Staaten von Europa.

In den europäischen Friedensvertrag müssen aber auch ökonomische Forderungen der Arbeiterschaft aufgenommen werden. Wichtig sei es ferner, durch Regelung der Beschäftigung in den verschiedenen Ländern die internationale Kon-

furrenz der Unternehmer auszugleichen. Man müsse die Gleichmachung der Arbeiterschutzgesetzgebung in allen Ländern verlangen. Garantien sollen gefordert werden für das Recht auf Arbeit, über Wanderarbeit usw. Damit wirklich solche Forderungen Aussicht hätten auf Annahme, fordert der „Französische Bauarbeiter“, daß eine intensive Propaganda gemacht werde in allen Ländern, die alle Arbeiterelemente aufwede.

Aus Industrie und Handel.

Brauereien und Gerstenverteilung.

Der Schutzbund der Brauereien der Norddeutschen Brauereigemeinschaft beschäftigte sich in einer Mitgliederversammlung mit der Frage der Gerstenverteilung, wobei insbesondere die bevorzugte Stellung Bayerns und die Zurücksetzung des norddeutschen Brauereigebiets gegenüber Bayern in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. Es wurde allseitig klage darüber geführt, daß Bayern im Braujahre 1915/16 das volle Kontingent von 48 Proz. neben anderen Vergünstigungen erhalten hatte, wogegen die Verlieferung der norddeutschen Brauereien sich sehr ungleich und wesentlich geringer gestaltet, und auch das an den Bundesrat gerichtete Gesuch um nachträglichen Ausgleich mit Hilfe der neuen Ernte keinen Erfolg gehabt hat. Dabei wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß auch in dem neuen Braujahre die Bevorzugung Bayerns andauern würde. Als Hauptaufgabe des Schutzbundes wurde deshalb die einschleichen Wahrnehmung der Interessen der norddeutschen Brauereien erachtet, um, wenn möglich, deren abermalige Zurücksetzung gegenüber den bayerischen Brauereien zu verhindern. Unter welcher günstigen Bedingungen die bayerischen Brauereien zu arbeiten hätten, geht aus dem Bericht der Bayerischen Brauerei-Königsberg hervor, der es ausdrücklich rühmt, daß dank der umsichtigen Tätigkeit der Gerstenverwertungs-Gesellschaft Abteilung München und der entgegenkommenden Mitwirkung der drei bayerischen rechtsrheinischen landwirtschaftlichen Genossenschaftszentralen sowie des Handels die Versorgung mit Gerste auf Grund der einschlägigen Verordnungen glatt vonstatten ging, während die norddeutschen Brauereien mit den größten Schwierigkeiten bei ihrer Gerstenversorgung zu kämpfen hätten. Die Versammlung war sich darin einig, daß sie für das norddeutsche Brauereigebiet keine Vorgünstigung wünsche, wohl aber Gleichberechtigung mit Bayern beanspruchen müsse.

Ablieferungspflicht für Schwefel.

Antlich wird gemeldet:

Nach der Verordnung betreffend die private Schwefelwirtschaft vom 13. November 1915 sind Schwefel, Schwefelsäure und Oleum, die aus dem Ausland eingeführt werden, an die Kriegschemikalienaktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft abzuliefern. Auf Grund der gleichen Verordnung sind vom Reichsstatler am 8. April 1916 Höchstpreise für Schwefelsäure und Oleum festgesetzt worden. Dagegen waren Schwefel und schwefelhaltige Rohstoffe bislang an keine Höchstpreise gebunden. Starke Preissteigerungen zwangen dazu, auch hier regeln einzugreifen. Der Bundesrat hat durch eine Verordnung, die am 1. November 1916 in Kraft tritt, eine allgemeine Ablieferungspflicht für den im Inlande hergestellten Schwefel angeordnet. Die Schwefelproduktion ist nach dem gleichzeitig vom Reichsstatler erlassenen Ausführungsbestimmungen alsmonatlich der Kriegschemikalienaktiengesellschaft, Verwaltungsstelle für private Schwefelwirtschaft in Berlin, anzuzeigen und auf ihr binnen drei Wochen zu stellenden Verlangen zu überlassen. Der Lieferpreis beträgt 32 M. für je 100 Kilogramm Schwefel bei einem Schwefelgehalt von mindestens 99 Proz. des Gesamtgewichts nicht übersteigen; eingeschlossen sind dabei die Kosten der Beförderung bis zur nächsten Eisenbahn- oder Schiffstabelle sowie die Kosten des Einladens, nicht eingeschlossen ist die Verpackung. Neben dem Lieferpreis kann für die Aufbewahrung bei längerer Dauer eine angemessene Vergütung gewährt werden; eine solche Vergütung ist auch für die längere Aufbewahrung von Schwefel zulässig, der von der Verwaltungsstelle nicht übernommen wird. Für Schwefel von besonderer chemischer Beschaffenheit oder physikalischer Aufbereitung haben zu- oder Abzüge entsprechend den Handelsbräuchen der Friedenszeit einzutreten. Bei Streitigkeiten über den Preis ist das auch bei den sonstigen Fällen der Ablieferungspflicht übliche Verfahren vorgesehen. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung sind mit Geld- oder Freiheitsstrafe bedroht; darüber kann die betreffende Schwefelmengung eingezogen werden.

Französische Eiseneinfuhr.

Nach der amtlichen Handelsstatistik hat Frankreich in den ersten acht Monaten des Jahres 1916 für mehr als elf Millionen Doppelzentner Eisen und Stahl eingeführt, während die Gesamteinfuhr der gleichen Artikel 1914 nur 816 000 Doppelzentner erreichte. Die Vereinigten Staaten lieferten im laufenden Jahre sechs Millionen, während der Bedarf 1914 nur 11 000 Doppelzentner ausmachte. Umgelegt ist die Einfuhr algerischer Eisenerze von 262 000 Doppelzentnern im Jahre 1914 auf 94 000 Doppelzentner im Jahre 1916.

Arbeiter-Samortierbund. Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche, abends 8 1/2 Uhr: 1. bis 6. Abteilung Montag den 30. Oktober, Köpenicker Str. 62. Vortrag: Nach dem Vortrage praktische Verhandlungen. — Gäste haben einmaligen freien Zutritt.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 9 Uhr, Doppel-Allee 15/17; Reudnitz, „Oscarhof“, Abends 8 Uhr: Oberkirchenrat, Alsterstr. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr: Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag von Herrn Ernst Dümmig: „Angewandtes Sittengesetz“. — Gäste willkommen.

Vertragsverhältnisse für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mitrag. Mit, im südlichen Binnenlande zunächst noch vielfach heiter; in den anderen Gegenden überwiegend bewölkt mit leichten, östwärts fortwährenden Regenschauern.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Alkoholle, Getränke Franz Abraham Barl. Neusslin u. Römertank-Kell. C. 25 Berlin, 8a, Fernstr. 12708	Er erscheint 2 mal wöchentlich. Handagen, Gummiw. R. Banke, Stralauer Str. 55. E. Kraus, Kommandantenstr. 15. A. E. Lang, Brunnenstr. 104	August Holtz 15 Detail-Geschäfte. Bierbrauerei, Bierbäckerei. Brauerei Bötzw empfehlen Qualitätsbiere ersten Ranges. C. Habels Brauerei hell - Habelbräu - dunkel.	Drogen und Farben Werder-Drogerie, Kollnseeufer 14 Eisfabriken Timmer-Essig überall erhältlich! Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Röhmann, P. Müllerstr. 40b. E. Seest	Fablich & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhans Linienstr. Hüte, Mützen, Pelzwaren. Kottbuser-Damm 18/19 Vester, E. Kolonialwaren Adam Schmitz, Schillmannstr. 11. Kaffee-Rösterei Anerkannt veredeltes Spezialkaffee Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengelmann Mehlanlagen Bethke, Georg, Kankarstr. 44. Neukölln, Eldstr. 33, Kaiser-Friedr. Str. 64, Warsstr. 133, Friedebstr. 23 Friedl. Grätz-Str. 64.	Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkäuf. F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Ouystr. Karl, Woll, Wolle, Trikotage. Hermann Meyer, Schivelbinderstr. 21. Photour Apparate SO. Kottbuserstr. 3. auch Odeonplatz 14. Nähmaschinen Gollnowstr. 28 Bellmann, E. Nähmaschinen	Weine, Liköre, Feinsäfte Lugo Beling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Herm. Meyer & Co. Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.
Central-Bad Neukölln Anzengr. 25. Diana-Bad Kottbuserstr. 39 sämtliche Bäder. National-Bad Kottbuser-Damm 79. Passage-Bad Kottbuser-Damm 79. Reform-Bad Wiener Str. 65. Bäcker- u. Konditoreien Oskar Hanke's Brotbäck. 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Tropicow gegründet 1892. F. Kleesewetter, Schivelbinderstr. 16. G. Meier, Grünauerweg 27. Otto Wolff, Tropicow, Krullstr. 16 Zachau, Gr.-Lichterf., Chausseest. 53a	Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43 Uhly & Wolfram	Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkl Wanninger Bier! Weissbier, C. Breithaupt, Palisadenstr. 27 Tel. Egt. 2581, 2582	W. Beck Inh.: Herm. Gerbach Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69 Fleisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gerlach, Petersburgerstr. 31 Otto Koppel, Alte Jacobstr. 24 Herron-u. Knabengard. Herronstr. 24, Ecke Prinzen-Allee J. Baer Leske & Sipecki, Schilb-Allee 7	Gaige, Otto Charlottenburg.	Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen. Optiker, Mechaniker Schubert, Carl. Nolln. Bergstr. 146 Schreibwaren O. Prochnow, Köpenickerstr. 69	Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., W. Allee 49 Versicherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen- Sterbekassenversicherung, Straße 2. Spandau Scheuerfeld, Berlin, 35. Friedl.-W. Str.

Leihhaus Moritzplatz 58a

Größtes Gelegenheits-Kaufhaus dieser Art für Herren- und Damen-Garderobe, Pelz- u. Schmucksachen. Tägl. Verkauf von Kavaliereu wenig getragener sowie im Versatz Lager gewesener Jackett, Rock-Anzüge, Paletots, Uster, teils aus Seide, enorm billig. Großes Lager in neuer Maßgarderobe, aus feinsten Stoffen in erstklassiger Verarbeitung. Feinste Ausführung. Gelegenheitskäufe in Pelzkragen, Pelzhauben, Skuaks, Harder, Nerz, Alaska, Blau- und Weißschach u. a., in modernster Ausführung, statt 40-250 M. jetzt 20-125 M. Große Auswahl in Herren-Gehpelzen, Damen-, Reise-, Wagen-Pelzen. Extra-Angebot in Lombard gewasener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Uhren, Ringe, Brillanten zu enorm billigen Preisen. Vorwärts-Losser erhalten 10% extra.

Aus dem Reichstag.

Zwölf Milliarden neuer Kredite hat der Reichstag am Freitag der Regierung bewilligt, damit sie den Krieg fortzuführen in der Lage ist. Der sozialdemokratische Fraktion war die Zustimmung zu der neuen, der letzten Kreditvorlage keine leichte Pflicht, aber leider eine bitter notwendige. Die gleichen Gründe, die die Fraktion zur Kreditbewilligung am 4. August 1914 veranlaßt haben, liegen auch jetzt noch vor: Deutschland kämpft um seine Selbsterhaltung, es verteidigt seine politische Unabhängigkeit, die Unverletzlichkeit seiner Grenzen und die Entwicklungsmöglichkeiten seiner Zukunft. Die von deutscher Seite befundene Bereitwilligkeit zum Friedensschluß wird von den Staatsmännern des feindlichen Auslandes mit herausfordernden Reden über die Notwendigkeit der Fortsetzung Deutschlands vor der Annäherung irgendwelcher Friedensverhandlungen beantwortet. Leider finden auch nach wie vor die Bemühungen der deutschen Sozialdemokratie, wenigstens die maßgebenden Sozialisten des feindlichen Auslandes zur Friedensbereitschaft zu veranlassen, taube Ohren oder unfreundliche Ablehnung. Die Erklärung der Fraktion, die Genosse Ebert verlas, stellte diese bedauerlichen Tatsachen mit Ernst und Nachdruck fest und faßte auch die sonstigen Gründe der Fraktion für die Kreditbewilligung nochmals in knappen Sätzen eindringlich zusammen.

Für die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft laute Genosse Bernstein die Gründe der Ablehnung der Kredite in einer längeren Rede dar, die der nervös gewordene Vizepräsident Boasche mehrere Male in ganz unberührender und durchaus unangebrachter Weise unterbrach und einzuführen bemüht war. Genosse Bernstein kritisierte im ersten Teil seiner Ausführungen die Art und Weise, wie die jüngste Kriegsanleihe zustande gekommen war; der Hauptteil seiner Rede beschäftigte sich mit dem Verlangen an die Regierung, sofort die nötigen Schritte für die Herbeiführung des Friedens zu tun. Nach seiner Meinung ist der Frieden in dem Augenblick zu haben, wo von deutlicher Seite ein Waffenstillstand als Einleitung zu einem europäischen Kongreß angeboten wird. Zum Schluß verlas Genosse Bernstein eine Erklärung, die die Gründe seiner Fraktionsfreunde gegen die Kreditbewilligung noch einmal kurz zusammenfaßte.

Drei verschiedene Auffassungen der Sozialdemokratie kamen bei der Beratung des Antrages der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Orientierung der Genossen Liebnecht für die Sitzungsperiode zur Geltung. Sochiß handelt es sich dabei allerdings eigentlich nur um zwei verschiedene Auffassungen, denn die Reden der Genossen Landsberg und Städtgen wichen nicht in den sachlichen Gründen, sondern nur in der Tonart voneinander ab. Aber Genosse Liebnecht hielt es für nötig, im Namen Liebnechts gegen den Antrag der Arbeitsgemeinschaft zu protestieren. Seine Rede zeigte, daß er für das parlamentarische System sehr wenig übrig hat, für dessen Durchsetzung auch die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft so entschieden eintritt. Die Einleitung eines Strafverfahrens gegen Liebnecht und Rühle hatte der Reichstag vorher auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission einstimmig abgelehnt.

Ueber den in der vorhergegangenen Sitzung des Reichstags verhandelten Antrag des Hauptausschusses über das Recht des Zusammentritts dieses Ausschusses auch in Zeiten der Vertagung des Reichstages wurde am Freitag namentlich abgestimmt. Es stimmten 302 Mitglieder des Hauses für den Antrag, während 31 konservative Abgeordnete ihn ablehnten.

Den Beginn der Freitagssitzung bildeten mehrere Anfragen, die fast alle von nationalliberaler Seite gestellt worden waren, den Abschluß sollte nach dem Wunsche des Präsidiums die restlose Erledigung des Antrages über die Schutzhaft während des Kriegszustandes bilden. Aber nachdem der Berichterstatter und noch Genosse Landsberg und Gröber vom Zentrum zu Wort gekommen waren, wurde um 1/8 Uhr die Vertagung beschlossen, da das durch zahlreiche Kommissionsstimmungen — zum Teil von früh um 9 Uhr an — und durch die Plenarverhandlungen ermüdete Haus die Weiterberatung des wichtigen Gegenstandes am nächsten Tag mit frischen Kräften wünschte.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushaltsplan.

Zu Beginn der Sitzung am Freitag sah Abg. Erzberger vor, daß die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt und für jede Fraktion nur einem Redner das Wort erteilt werde. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, daß die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt werde. Der andere Vorschlag des Abg. Erzberger wurde abgelehnt.

Die Fragen über Obst, Kaffee, Tee, Kolonialwaren, Zucker, zuckerhaltige Futtermittel führten noch zu einer kurzen Aussprache. Abg. Wurm fragte, ob für Einmachezwecke größere Mengen Zucker nachgeliefert werden. Die Verwendung von Benzoesäure sei doch recht bedenklich. Ferner müsse festgestellt werden, in welchem Umfange Relasse für das Delbrück'sche Verfahren zur Verfügung gestellt werde. Dieses Verfahren sei nicht rationell. Die Relasse könne und müsse besser der Gesamtheit nutzbar gemacht werden. — Der Preis für 4 Gramm Saccharin sei auf 70 Pf. festgesetzt worden, während der Herstellungspreis nur 8 Pf. beträgt. Der Ueberschuß soll für Zwecke der Volksernährung verwendet werden. Wichtiger wäre es, wenn Saccharin billiger abgegeben werde.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki: Zucker soll für Einmachezwecke nachgeliefert werden. In der nächsten Woche werde der Plan hierfür festgesetzt. — Nur eine ganz geringe Menge Relasse könne in diesem Jahre für das Delbrück'sche Verfahren zur Verfügung gestellt werden. Das abschlägige Urteil über das Verfahren sei nicht als berechtigt erwiesen. Das Geld für die Proben sei nicht nutzlos ausgegeben. — Der Preis für Saccharin sei bereits vor der Errichtung des Kriegsernährungsamts festgesetzt worden. Ein zu niedriger Preis sei nicht zweckmäßig, da dann viel Saccharin verbraucht werden würde.

Ein Vertreter des Kriegsernährungsamts legte eingehend die Bemühungen dar, durch die die Reichsleitung die Schwindelerien mit den sogenannten Ersatzmitteln bekämpft. Eingehende Untersuchungen werden zu diesem Zwecke durchgeführt und ein sorgfältig vorbereiteter Plan vorbereitet. Vorge schlagen sei u. a. eine Zentralkasse, die jedes Ersatzmittel und seinen Preis zu prüfen habe und ohne deren ausdrückliche Genehmigung kein Ersatzmittel verkauft werden dürfe. Dies erscheine aber unumführbar. Vielleicht werde zu empfehlen sein, daß für alle Ersatzmittel

die Anzeigepflicht festgelegt werde, daß aber die Prüfung der Ware und ihres Preises den Bundesstaaten zugewiesen werde. Aber auch dieses Verfahren müsse erst gründlich geprüft werden. Zu wünschen wäre aber auch, daß schon jetzt die örtlichen Polizeibehörden sich der Angelegenheit annehmen und gegen offensichtlichen Schwindel mit allem Nachdruck eintreten.

Abg. Davidsohn fragt an, ob die Zudermenge, welche als Zusatz zum Wein den Wintern bewilligt worden ist, bereits aufgebracht sei. — Ministerialdirektor Braun antwortet, daß den Wintern bereits 70 000 Doppelzentner an der Zudermenge des vergangenen Jahres zugeföhrt sei. Aus der Ernte dieses Jahres sei den Wintern wiederum eine gleiche Menge zugeföhrt worden. Jedoch werde beabsichtigt, auch für Obstwein im Herbst 1917 weitere Mengen Zuder zu verwenden, so daß, wenn es möglich sein sollte, die Menge aus der diesjährigen Ernte sich auf 100 000 Doppelzentner erhöhen werde.

Abg. Gotthein schloß sich den Ausführungen des Abg. Wurm an. — Abg. Reinach erklärte sich nicht befriedigt durch die Antwort, die Ministerialdirektor Braun am Mittwoch in bezug auf die Geschäftsführung des Kriegsausschusses für Kaffee gab.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki: Er sei noch nicht dazu gekommen, selbst die Beschlüsse über die Geschäftsführung des Kriegsausschusses für Kaffee zu prüfen; er werde aber, sobald es seine Zeit irgendwie zulasse, an diese Arbeit herantreten. Derjenige Geschäftsführer, dessen Tätigkeit am meisten angegriffen worden sei, sei zum Militär eingezogen.

Damit war diese Aussprache beendet und der Ausschuß wandte sich der Frage der Versorgung mit Kartoffeln zu. Abg. v. Westarp gab als Berichterstatter einen Ueberblick über die Verhältnisse in der Kartoffelversorgung. Es herrsche hier eine große Erregung. Wünschenwert wäre, daß diese überwunden werde. Bei ruhiger Betrachtung erscheinen die Schwierigkeiten nicht besorgniserregend, wenn sie uns auch veranlassen müssen, alles zu tun, um die Lage der großen Masse der Bevölkerung möglichst zu erleichtern.

Der Vorsitzende der Reichskartoffelstelle, Peters, beantwortete eine Menge Fragen, die in bezug auf die Kartoffelversorgung gestellt wurden. Er stellte ausdrücklich fest, daß die Kartoffelpreise so, wie sie festgelegt worden sind, unter allen Umständen beibehalten werden. Die Wünsche der Händler, mehr an dem Kartoffelhandel beteiligt zu werden, konnten nicht verwirklicht werden. Er wies nach, daß die Versuche, diesen Wünschen Rechnung zu tragen, gescheitert seien und hob besonders hervor, daß die Gemeinden auch im Winter zu passender Zeit Kartoffeln herbeischaffen müßten. Das sei in jedem Jahre geschehen und sei auch, wenn es mit der nötigen Vorsicht erfolge, durchaus unbedenklich.

Batocki teilte auf eine Anfrage des Abg. Dr. Böhm mit, daß die Entleerung der Kartoffeln bisher nur in verschwindend wenigen Fällen nötig war. In der Regel genüge durchs die Drohung mit der Enteignung. Festgestellt müsse werden, daß die Schwierigkeiten in der Kartoffelversorgung nicht nur durch ungenügende Zufuhr der Kartoffeln an die Bahn hervorgerufen werden, sondern die Bahn nicht die Sendungen benötigten könne.

Abg. Ebert (Soz.) wies darauf hin, daß eine allgemeine Verunsicherung in bezug auf die Kartoffelversorgung in der Tat bestünde und berechtigt sei. Hierbei handle es sich nicht nur um die zeitige Zufuhr der Kartoffeln, sondern auch darum, daß der Bevölkerung die unbedingt notwendige Menge von Kartoffeln zugestanden wird. Er bitte, daß recht schnell die Behörden den Bestand an Kartoffeln feststellen, und hoffe, daß den Haushaltungen eine größere Menge zugewiesen werde. Ganz besonders herrsche in den Bezirken, in denen die Arbeiter überaus schwer arbeiten müssen, so im Westen in den Bergwerksbezirken, große Umstände darüber, daß nicht genügend Kartoffeln herbeigeschafft werden. Er wünscht dringend, daß für alle Kreise der arbeitenden Bevölkerung die Kartoffelmenge beträchtlich erhöht werde. Auch er warnte sehr mit Nachdruck auf die Forderungen der Kartoffelhändler, die Regelung in der Verteilung zu durchbrechen. Es könne keine Rede davon sein, daß die Preise gar erhöht würden. Er stelle fest, daß im Herbst er und seine Freunde entschieden den jetzt festgelegten Kartoffelpreis als zu hoch bekämpft haben.

Abg. Dapf verwies auf die Bemerkung Westarps, daß auch in der Frage der Versorgung mit Kartoffeln ruhige Ueberlegung notwendig sei. Es sei damit zu rechnen, daß es hier und dort an Kartoffeln fehlen könnte, deshalb möchte schon jetzt für genügende Ersatzstoffe gesorgt werden. — Abg. Wieser wünschte auch eine Erhöhung der Kartoffelmenge. — Sochiß teilte mit, daß der Verband deutscher Kartoffelunternehmer eine längere Eingabe dem Ausschuß zugeföhrt und darin seine Wünsche dargelegt habe. Gefordert werde die Anstellung der Kommissionäre für den Ankauf der Kartoffeln auf Grund einer Vorschlagsliste und für diese Liste nur anerkannte Kartoffelhändler und landwirtschaftliche Genossenschaften zu berücksichtigen. Damit der Landrat den Ueberblick über die Kartoffelbeschaffung behält, müßten die Kommissionäre verpflichtet werden, ihren Einkauf innerhalb 24 Stunden nach erfolgtem Abschluß bei den zuständigen Kommunalverbänden anzumelden. Der Kommissionäre hätte dann den Verfügungen des zuständigen Landrats oder des sonstigen Vertreters eines Kommunalverbandes Folge zu leisten. Von großem Vorteil wäre es, wenn den zugelassenen Kommissionären innerhalb der Provinz in der sie wohnen, Freizügigkeit gewährt werde. Diese Wünsche der Kartoffelhändler scheinen aber nach den bisherigen Darlegungen nicht durchführbar zu sein, wenn nicht die Kartoffelversorgung schwer gefährdet werden sollte. Mit Nachdruck darauf, daß die Städte auch im Winter Kartoffeln herbeischaffen müssen, sei unbedingt darauf zu achten, daß nicht für andere Bezirke Kartoffeln aus den den Großstädten benachbarten Ortschaften weggenommen werden. Je näher die Städte ist, von denen die Großstädte ihre Kartoffeln beziehen können, um so leichter kann die Versorgung im Winter vor sich gehen.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki stellt fest, daß nach solchen eingetragenen Nachrichten die Eisenbahn am Donnerstag über 5000 Wagen gestellt hat. Das sei die größte Zahl, die bisher erreicht wurde. Es sei daher anzunehmen, daß auch weiterhin die Eisenbahn ihre Leistungen so weit erhöht, wie es für eine gute Versorgung notwendig ist. So jetzt eine genaue Feststellung der zur Verfügung stehenden Kartoffelmenge zu wünschen sei, so müsse doch davor gewarnt werden, die Behörden zu sehr mit statistischen Arbeiten zu überlasten. Wenn darauf nicht geachtet werde, würden falsche Zahlen beigebracht, und das sei schädlicher, als wenn gar keine Erhebung vorgenommen worden wäre. Dem Wunsch der Kartoffelhändler sei Rechnung getragen, soweit es möglich war. Weiter sollte man nicht geben, für die großen Städte sollte auch dadurch gesorgt werden, daß die Kartoffeln in den am nächsten gelegenen Ortschaften für den Winter beibehalten werden; nur dann soll davon abgesehen werden, wenn das unbedingt durch einen besonderen Notstand erforderlich wird.

Abg. Wurm trat ebenfalls besonders eindringlich dafür ein, daß der arbeitenden Bevölkerung eine größere Kartoffelmenge zugewiesen werde. Unter allen Umständen aber dürfe der Landbevölkerung keine größere Menge zugewiesen werden als den Städten. Nicht bedürfen die Städte vielfach nur 1 Pfund pro Kopf, während die Landbevölkerung 1 1/2 Pfund erhalte. Ueberdies hat in Wahrheit die Stadt gar nicht ein Pfund auf den Kopf der Bevölkerung, denn mindestens ein Fünftel geht ab als Verlust durch Sand, Schmutz und schlechte Kartoffeln.

Präsident der Reichskartoffelstelle Peters: Der Satz von 1 1/2 Pfund pro Kopf der Bevölkerung sei die oberste Grenze. Auch der Erzeuger darf diese Grenze nicht überschreiten. Durch eine neue Versorgung sei zugelassen worden, daß für Schwerarbeiter bis zu 2 Pfund Kartoffeln gegeben werden kann. Bei der Verteilung der Kartoffeln, daß für die Kartoffelproduzenten 1 1/2 Pfund pro Kopf zugelassen sei, müsse berücksichtigt werden, daß diese Leute auch die Kartoffeln für Erhaltung des Brotgetreides stellen müssen.

Darauf trat die Kommission in die Beratung über

ein. Dazu lag u. a. ein Antrag des Zentrums vor, einen besonderen Unterausschuß zu bilden zur Untersuchung der Ursachen der hohen Spannung zwischen dem Lebendviehpreis und den Fleischpreisen, sowie zur Untersuchung der Frage, ob die hohen Kommissionsgebühren der Viehhandelsverbände nicht herabgesetzt werden können. Diesem Unterausschuß sind alle schriftlichen Unterlagen zu geben. — Abg. Ebert (Soz.) beantragt dazu, daß der Ausschuß auch die Höhe der Fleischpreise untersuchen möge. Mit dieser Erweiterung wurde der Antrag angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß der Unterausschuß sofort an seine Arbeit herantreten und in den allernächsten Tagen Bericht erstatten solle.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki gab einen Ueberblick über die Verhältnisse in der Versorgung mit Fleisch und Fett. Die Lage sei auch hier zwar ernst, aber es seien bestimmte Vorkehrungen getroffen, daß das unbedingt Notwendige für die Bevölkerung beschafft werde. In bezug auf einen Antrag der Konservativen, der die Pauschalzahlungen zu erweitern will, sei zu bemerken, daß es ganz unmöglich sei, mit den Hauschlachtungen noch weiter zu gehen als bisher; im Gegenteil müsse man sagen, daß der jetzige Zustand schon bis an die Grenze des nur irgendwie Zulässigen gehe.

Der Leiter der Reichsfleischstelle Ostertag schilderte eingehend, was alles geschehen sei, um auch für die schwerere Zeit die nötige Fleischmenge zu haben. Es sei beanstanden worden, daß man die Hühner unter die Fleischkarte gestellt habe. Es scheint gegenwärtig nicht möglich zu sein, alle an den Markt kommenden Hühner zu verkaufen; die Reichsleitung habe aber dafür gesorgt, daß die Hühner angekauft, eingefroren und für den Winter aufgehoben werden. Die Klagen darüber, daß noch nicht in allen Bezirken die gleiche Menge von Fleisch und Fett zur Verteilung komme, seien zurückzuführen auf frühere Schwierigkeiten. Die Reichsleitung werde planmäßig darauf hinaus, daß die in Aussicht genommene Menge Fleisch, 250 Gramm, und eine möglichst hohe Menge Fett überall verteilt werden. Ebenso soll versucht werden, die Abfälle in weitestem Maße der Ernährung dienlich zu machen. Auch das Gefrierfleisch habe für uns eine große Bedeutung. Anfangs sei die Bevölkerung sehr mißtrauisch dem Gefrierfleisch gegenüber gewesen; es habe sich aber herausgestellt, daß bei jagdmäßiger Behandlung das Fleisch sehr gut sich längere Zeit halte. Ebenso haben die Versuche ergeben, daß aus dem Fleisch preiswerte und ausgezeichnete Wurst zu einem billigen Preise hergestellt werden könne. Nach dem jetzigen Viehbestand seien die Aussichten durchaus günstig. Die Viehpreise werden genau kontrolliert und so niedrig wie irgend möglich festgesetzt. Auffallend seien die Unterschiede im Fleischpreise. Auch dieses werde genau untersucht und es soll dafür gesorgt werden, daß diese Preise nicht über das notwendige Maß hinausgehen.

Darauf wurde die Verhandlung auf Sonnabend vertagt. Unterlaasfeldts für Reichert v. Stein wies noch darauf hin, daß in der „Deutschen Tageszeitung“ vom Donnerstagabend ein schwerer Angriff auf die Reichsfleischstelle veröffentlicht worden sei. In der ganzen Beschuldigung sei kein wahres Wort; die Behauptungen seien aus dem Hinaus gelogen. Es handle sich um eine Verleumdung schlimmster Art; daher habe er sich für verpflichtet gehalten, die erste Gelegenheit zu benutzen, um hier im Ausschuß die Sache richtig zu stellen.

Politische Uebersicht.

Im Seniorenkongress des Reichstags

wurde am Freitag mitgeteilt, daß die Regierung eine baldige Erledigung der Arbeiten des Reichstags wünscht. Die Mehrheit der Parteien will diesem Wunsche entgegenkommen. Es wurde festgestellt, daß die Schwierigkeit in den Kommissionsverhandlungen liege. Daher soll eine Konzentrierung der Arbeiten in der Kommission und im Plenum stattfinden. Von der Mehrheit wurde gewünscht, daß die Arbeiten des Reichstages mit dem 4. November abschließen sollen. Die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände sollen bis spätestens Montagabend erledigt sein und dann im Laufe der Woche die übrigen Arbeiten vollständig beendet werden. Den Tagesordnungspunkt über die Schutzhaft mit der Zensur und dem Belagerungszustand zu verbinden, wurde nicht gewünscht. Es bleibt also bei der am Donnerstag getroffenen Deposition, daß die Schutzhaft als besonderer Gegenstand behandelt wird. Weiter soll darauf gedrungen werden, daß zu den einzelnen Gegenständen jede Partei nur einen Redner sprechen läßt.

Schutz den Arbeitersekretariaten.

Eine Angelegenheit von ganz besonderer Bedeutung berührt die folgende Anfrage, die der Abg. Wieser im Reichstage eingebracht hat:

Das Kriegsministerium hat wiederholt die Kriegsbeschädigten gewarnt, bei ihrer Rechtsberatung sich an Personen zu wenden, welche die Wünsche der Kriegsbeschädigten zu ihrem Vorteil ausnutzen und die Interessen der Kriegsbeschädigten mißbrauchen. Einzelne Generalkommandos haben diese Warnung zum Unutrage genommen, auch die gemeinnützigen Volksbureaus und Arbeitersekretariate von der Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten ausgeschlossen. So unter anderen das VII. Armeekorps in einem Ueberschuldungsamt des Volksbureaus des Volksvereins für das katholische Deutschland in Paderborn, der folgendermaßen lautet:

Dem Volksbureau des katholischen Volksvereins Paderborn mit dem Erwidern ergebnislos zurückgekehrt, daß sich das Verbot (der Rechtsbeihilfe für Kriegsbeschädigte) auch auf die vom Volksverein für das katholische Deutschland gegründeten Volksbureaus und Arbeitersekretariate bezieht.

Den Kriegsbeschädigten ist allemal die Möglichkeit gegeben, sich mit ihren Anträgen an die Stellen der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zu wenden, so daß es sich für andere Einrichtungen, wie z. B. die Volksbureaus, in der Regel nur darum handeln wird, Rat zu erteilen und die Ratsuchenden an die amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorgeanstalten zu verwiesen. Wenn dann bei diesen Stellen die Anfragen mündlich erörtert werden, so dürfte das gerade für eine möglichst schnelle und sachliche Erledigung dienlich sein.

So in vereinzelt Fällen eine schriftliche Anfrage für erforderlich gehalten wird, dürfen auch die Volksbureaus dieselbe kostenlos anfertigen.

Dagegen hat die Versorgungsabteilung des Kriegsministeriums durch einen Erlaß in Nr. 891 des „Armeekorpsordnungsblattes“ den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen zu Köln als Rechtsauskunftsstelle empfohlen.

It der Herr Reichsanwalt bereit, dahin zu wirken, daß die von Arbeitervereinen, Gewerkschaften und sonstigen sozialen Korporationen eingerichteten gemeinnützigen Rechtsauskunftsstellen, welche für die Auslastung der Arbeit und für das Herstellen der Schriftsätze keinerlei Honorar nehmen, dieselben vielmehr unentgeltlich erteilen oder nur die Schreibunkosten für die Schriftsätze berechnen, zur Rechtsberatung der Kriegsbeschädigten zugelassen werden?

Kleine Anfragen im Reichstage.

Abg. Gieseler fragt: Die auf privaten Dienstverträgen in Betrieben und Verwaltungen des Reichs und der Bundesstaaten beschäftigten technischen und Bureauangestellten leiden schwer unter der wachsenden Verteuerung des gesamten Lebensunterhalts, weil trotz ihrer gesteigerten Befehle die ihnen zu einem Teile gewährten Teuerungszulagen erheblich nachschießen den Kriegs- und Teuerungszulagen für gleichartige Beamtenstellen.

Der Herr Reichskanzler bereit, auf eine Besserung der Bezüge dieser Angestellten, auch der bei den Bundesstaaten, hinzuwirken?

Die Anfrage des Abg. Alpers geht dahin: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß zum Seeresdienst einberufene Reichsamtleute, Aerzte und Angehörige anderer freien Berufe in ihrem Lebenserwerb vielfach dadurch geschädigt werden, daß am Orte ihrer Praxis militärische Berufsangehörige sich niederlassen, denen die Klientel bzw. Patienten sich zuwenden?

Gedenkt der Herr Reichskanzler Maßnahmen zum Schutze der erwähnten Seerespflichtigen, denen durch das Reklameverbot die Wiedergewinnung der einmal verlorenen Praxis wesentlich erschwert ist, zu veranlassen?

Abg. Wasser mann stellt die Anfrage: Nach der Statistik des Deutschen Universitätskalenders sind auf deutschen Universitäten eine große Anzahl Russen, außerdem einzelne Engländer, Belgier, Franzosen und Italiener immatrikuliert.

Ist der Herr Reichskanzler bereit, die Grundsätze mitzuteilen, nach denen bei der Zulassung Angehöriger des feindlichen Auslandes auf deutschen Hochschulen verfahren wird und mitzuteilen, ob Vorsichtsmaßnahmen gegen Mißbrauch getroffen sind?

Nationalstiftung und Marinestiftung.

Die 17. Kommission des Reichstags hat die Beratung der Vorlage über den Namensschuß der „Nationalstiftung“ und „Marinestiftung“ mit einer Aussprache über die allgemeinen privaten Kriegsvorsorgebestrebungen begonnen. Von den Rednern unserer Fraktion und den Fortschrittler wurde hierbei auf die ersten Mängel in einer Anzahl solcher privaten Vereine und ihrer Tätigkeit hingewiesen. Glaubhaftes Material lag vor, daß manche solcher — Unternehmungen sehr wenig dem vorgeschlagenen Zwecke dienen. Einmütig war die Kommission der Meinung, es könne nicht bei der Spezialgesetzlichen Vorlage bleiben; notwendig sei vielmehr ein allgemeines Gesetz zur Regelung der privaten Kriegsvorsorge. Das Gesetz soll solche Bestrebungen zwar nicht in eine bürokratische Zwangsjade stecken, es müsse aber eine reichsbehördliche Aufsicht geschaffen werden, die die Zulassung privater Vereine usw. prüft und erteilt, die aber auch deren Geschäftsführung überwacht und hierüber dem Reichstage zu berichten hätte. Weiter soll angestrebt werden, Männer mit

praktischer sozialpolitischer Erfahrung an wichtigen Stiftungen in deren Verwaltungsdirektionen zu beteiligen. — Die Regierungsdirektoren haben sich zu solcher Umarbeitung der Vorlage bereit erklärt. — Um über den Inhalt des beabsichtigten Gesetzes nähere Richtlinien vorzugeben, ist ein Unterausschuß eingesetzt worden. Die Kommission will ihre Arbeiten nötigenfalls während der Vertagung so fördern, daß die Vorlage Anfang 1917 das Plenum wieder beschäftigen kann.

Zur Schnüffelei nach der Konfession.

Die nationalliberale „Berliner Morgen-Post“ teilt mit: Nach uns zugegangenen Informationen ist bisher dem Reichstag eine Resolution, welche eine solche Statistik verlangt, zur Beschlußfassung überhaupt nicht zugegangen, sondern es ist lediglich in der Kommission der Antrag gestellt und angenommen worden, durch welchen die Kommission ihrerseits den Staatssekretär des Innern um die Aufstellung einer derartigen Statistik ersucht hat. Es ist daher durchaus wahrscheinlich, daß sich das Plenum des Reichstags mit der Angelegenheit gar nicht befassen wird.

Das genannte Blatt bemerkt dann noch: „Wir müßten uns sehr täuschen, wenn sich daraus nicht ergeben würde, daß die Beteiligung des jüdischen Elements in den Kriegsgesellschaften ganz außerordentlich viel kleiner ist, als man gemeinhin annimmt.“

In derselben Angelegenheit teilt das „Berl. Tagebl.“ mit: „Der von der Mehrheit des Reichstags-Haushaltsausschusses angenommene Antrag des Zentrums über statistische Erhebungen betreffend die Zahl, die Gehälter und das Glaubensbekenntnis der im Kriegsdienst befindlichen und bei den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen wird, wie wir hören, voraussichtlich im Plenum des Reichstags überhaupt nicht mehr zur Besprechung gestellt werden, und damit unter den Tisch fallen. Anzeichen haben die in der Öffentlichkeit gegen den Beschluß erhobenen schwereren Bedenken auch die Urheber und manche Verteidiger des Antrages stutzig gemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß im Senatskonvent eine Einigung darüber erzielt werden wird, allesamt auf eine Erörterung der Entschickung im Plenum zu verzichten — ein geschäftsordnungsmäßig durchaus zulässiger Weg.“

Das tägliche Brot.

Regelung des Verkehrs mit Branntwein. Berlin, 27. Oktober. (B. L. B.) Nach der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Branntwein vom 15. April

1916 (Reichs-Gesetzl. S. 279) ist der aus Kartoffeln erzeugte Branntwein der Regel nach der Spiritus-Zentrale abzuliefern. Kleinbrennereien (§ 15 des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909) unterliegen diesem Ablieferungszwang nur in beschränktem Umfang. Infolgedessen sind schon eine Reihe von Brennereien, die bisher nicht Kleinbrennereien waren, dazu übergegangen, als Kleinbrennereien zu arbeiten. Findet dieser Uebergang in erheblichem Umfang statt oder gehen Kleinbrennereien, die bisher nicht Kartoffeln verarbeitet haben, mangels anderer Rohstoffe zur Kartoffelverarbeitung über, dann werden Kartoffeln der Ernährung entzogen, ohne daß es möglich ist, den gewonnenen Branntwein für die Allgemeinheit nutzbar zu machen, da bei der erheblichen für einen solchen Uebergang in Frage kommenden Zahl von Brennereien eine Organisation der Ablieferung nicht wohl durchführbar wäre. Es erscheint daher geboten, die Verarbeitung von Kartoffeln in diesen Brennereien zu verbieten. Ein ausnahmsloses Verbot würde zu weit gehen. Wichtige wirtschaftliche Bedürfnisse, insbesondere der Viehhaltung erfordern die Ermöglichung der Zulassung von Ausnahmen für Kleinbrennereien, die als solche schon in den letzten Jahren Kartoffeln verarbeitet haben.

Herr Batocki und der Schnapsgenuss.

Eine unerwartete Antwort hat der Ernährungsminister mit seiner Ansicht über den Schnapsgenuss aus einem der früheren Hauptverbrauchsbezirke erhalten. Herr Batocki will den Branntwein nicht beschlagnahmen, weil man Leuten, die einen Schnaps gewohnt seien, ihn nicht plötzlich entziehen dürfe, wenn man ihre Arbeitsfähigkeit und damit die Wirtschaftsführung mancher Betriebe nicht leiden lassen wolle.“

45 Bergarbeitervertreter aus Oberschlesien, die dieser Tage in Rattowitz zu einer Gewerkschaftskonferenz vereinigt waren, erinnerten ihn nun daran, daß im oberschlesischen Industriegebiet der Schnapsverkauf seit Kriegsbeginn verboten sei und der Schnapsgenuss dadurch auf das geringste Maß beschränkt ist. Obwohl gerade hier der Konsum ein ziemlich reichlicher war, und mancher teile Teinler seit vielen Monaten abstinenz leben muß, haben sich die Schänder nicht gezeigt. Herr v. Batocki braucht sich also um die Teinler nicht zu sorgen, und da ihm die Brenner gen-ig auch nicht am Herzen liegen, kann er den Schnaps ruhig verschwinden lassen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler **Julius Nimke** am 24. Oktober gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Preussischen Gemeinde, Pappelallee 15/17, aus statt. **Rege Beteiligung wird erwartet.**
Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied **Georg Pohle** am 26. Oktober gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Pappelallee 15/17, aus statt. **Rege Beteiligung wird erwartet.**
124/13 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Bezirk Mahlsdorf.
Den Wählern zur Nachricht, daß unser langjähriger Bezirksleiter, Genosse **Robert Dippner** am 11. Oktober gefallen ist. **Ehre seinem Andenken!**
246/3 Die Bezirksleitung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse d. Metallarbeiter
V. a. G. Hamburg.
Filiale Berlin 5.
Den Kollegen die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Gürtler **Julius Nimke** am 24. Oktober sanft entschlafen ist. **Rege Beteiligung wird erwartet.**
1410b Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten, dem Deutschen Metallarbeiterverband, dem 4. Berliner Reichstagswahlkreis und den Kollegen der Firma Oppenheimer für die Teilnahme beim Dankefest meines lieben Mannes und meines Vaters sprechen wir hiermit unseren besten Dank aus.
Witwe Chwalczyk
nebst Kindern,
Reichenberger Straße 151.

Marken
Hamburg

Westmann
Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.
Die grösste Auswahl!
Elegante Filzschuhtel.
Wunderbare Seal- und Seidenfilzschuhtel, Prachtmodelle mit sohlen Pelzbesätzen, auf Ja reiner Futter, Glockenschuhtel, glatte Formen mit Pelzverbrämungen, beste alte Qualität, neueste Formen 220,- 200,- 185,- 170,-
Eatschende Wollfilzschuhtel, Astrachan und Krimmermantel, gute alte Qualitäten. Flotte Garnituren: Fuchs, Steinmarder, Funks, Eleotrie **sehr billig!**
Die billigsten Preise!
Kostbare Pelzmäntel.
Vornehme Pelzmäntel aus echtem Persier, Gack Winterlocke, beste Felle, 600,-
In Phantasie-Pelzmäntel mit echtem Fuchs, Fauch auf Ja Himmelside (Damassee) Modelle mit breiten Pelzverbrämungen unten herum 620,- 600,-
Katschende Pelzmäntel auf Bruch 275,- 185,- 175,- **sehr billig!**
Die schönsten Modell-Kostüme
Fasche Formen, reinwollene Stoffe, Samt mit Dita, Kammgara mit Handverschönerungen, Original-Modelle, Ja Tuch, aus besten alten Qualitäten, Glockenformen, Meisterstücke in grösster Auswahl 270,- 190,- 150,- 105,- 95,- 79,-
Fasche Kostüme in Loden, Phantasieformen, Kammgara etc. 65,- 45,- 35,-
Vorjährige Modell-Kostüme aus besten Stoffen 20,- 24,- 18,- ohne Bezugsschein, da nicht bezugscheinpflichtig
Samt- und seidenschuhtel 100,- 75,- 55,-
Warme, wollige Ulster u. Mantelkleider.
Prachtstücke mit echten Pelzbesätzen, alte gute Qualitäten, Stratzungen Front, fasche Mantelkleider 150,- 100,- 75,- 50,-
Flotte Ulster mit Pelz 45,- 40,- 35,- 214,-
Vorjährige Ulster, darunter Modelle, aus besten, dicken Stoffen ohne Bezugsschein, da nicht bezugscheinpflichtig 25,- 20,- 15,- 10,-
Praktische, dicke Winter-Sportröcke 15,- 12,- 9,-
11. Geschäfte
Or. Frankfurt Str 115
nahe Antonienstraße
Rabatmärkten der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Möbel-Angebot.
Solche Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzelmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten G. 1 an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. Grösste Kulanz.
H. & P. Uder, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.**
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Moritzpl. 3014.

Neue fertige Herren-Kleidung
für Herbst und Winter.
Ueberzieher und Ulster 36⁰⁰ 45⁰⁰ 54⁰⁰ 68⁰⁰ 75⁰⁰ 85⁰⁰ 95⁰⁰ 110⁰⁰
Sakko-Anzüge 33⁰⁰ 39⁰⁰ 45⁰⁰ 54⁰⁰ 65⁰⁰ 75⁰⁰ bis 90⁰⁰
Röcke und Westen 36⁰⁰ 45⁰⁰ 54⁰⁰ 58⁰⁰ 68⁰⁰ 78⁰⁰
Gestreifte Beinkleider 6⁵⁰ 8⁵⁰ 9⁵⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 14⁵⁰ 16⁵⁰ 18⁵⁰ 21 24
Phantasie-Westen 4⁵⁰ 5⁵⁰ 6⁵⁰ 7⁵⁰ 9⁵⁰ 10⁵⁰
Loden- (Bozener) Mäntel 26⁵⁰ 31⁵⁰ 39⁵⁰ 42⁰⁰
Regen- u. gumm. Mäntel alle Preislagen 18⁵⁰ 25⁰⁰ 30⁰⁰ 36⁰⁰ 42⁰⁰ bis 70⁰⁰
Loden-Joppen — Schlafröcke — Pelz-Paletots
Die mit * bezeichneten Waren sind bezugscheinfrei.
Bezugscheinformulare werden von uns kostenlos verabfolgt.
Unsere Maß-Abteilung liefert erstklassige Garderobe zu mäßigen Preisen!
R. Landsberger G. m. b. H.
(Gegründet 1840)
Friedrichstr. 108, Ecke Johannisstraße, gegenüber Karlstraße.
Vom 1. Oktober ab Sonntags von 12 bis 2 Uhr geöffnet.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung.
Gegründet 1905.
Sitz Berlin.
Geschäftsstelle: H. Müller, NW. 23, Cuxhavener Str. 15.
Kassierer: L. Dentler, Naukölln, Berliner Str. 85, Port. II.
Sonntag, den 29. Oktober 1916, vormittags 10 Uhr: **Besichtigung des Krematoriums** und der **neuen Urnenstätte in der Gerichtstraße.**
Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verwand. Gewerbe zu Berlin.
Bekanntmachung.
Die Aufsichtmitglieder werden hiermit zu der am Dienstag, den 7. November, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal III, stattfindenden **Ordentlichen Ausschuß-Sitzung** eingeladen. 271/5
Tagesordnung:
1. Beschlußfassung über die Dienstordnung.
2. Beschlußfassung über den Voranschlag für 1917.
3. Wahl der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung.
4. Verschiedenes.
Pünktliches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**
Horm. Rhanda, Fr. Keese, Vorsitzender, Schriftführer.

Rester-Handlung.
Kammgarn, Tuche, Cheviots, blau und farbig.
Ulsterstoffe, Plüsch, Sammet, Moderne Kostüm- u. Rockstoffe, Taft, Selden, in schwarz und farbig, zu Kostümen, Mänteln, Kleidern u. Blusen.
Riesenauswahl! Stoffen für Herren- und Knaben-Anzüge.
Damen-Konfektion.
Kostüme, Mäntel, Röcke usw. in großer Auswahl, sehr mäßige Preise.
Gediegene Maßanfertigung.
Paul Karle,
Warschauer Straße 18.

Joseffi-Cigaretten
Juno 2 1/2 \$
Vera 3 1/2 \$
Eljen 6 \$
einschl. Kriegszuschlag.
Qualität unverändert erstklassig!

Reichstag.

68. Sitzung. Freitag, den 27. Oktober 1916, nachmittags 8 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich. Vizepräsident Dr. Paasche macht Mitteilung von dem Ableben des Abg. Hofrichter (Soz.). Das Haus ehrt das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Kießer (natl.)

fragt nach dem Schicksal der im Jahre 1914 angefangenen Reformen bei der Prüfung der Anwärter für den auswärtigen Dienst.

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Die neuen Bestimmungen sind ausgearbeitet, aber doch noch nicht in Kraft gesetzt worden, weil dem vorhandenen Bedarfs durch die im feindlichen Ausland frei gewordenen Beamten genügt wird und weil die meisten Anwärter im Felde stehen. Auch sind während des Krieges neue Erfahrungen gemacht worden, die bei einer eingehenden Nachprüfung der bisherigen Vorarbeiten nutzbar gemacht werden sollen.

Abg. Dr. Kießer (natl.)

fragt, in welcher Weise angesichts der dauernd fortgeschrittenen Verteuerung der Lebensmittel und der übrigen Gegenstände des täglichen Bedarfs des Reichs- und Staatsbeamten geholfen werden soll.

Direktor im Reichsfinanzamt Schröder:

Die Kriegsbefehle, die den geringer bezahlten Beamten mit Wirkung vom 2. Oktober 1915 gewährt worden ist, ist am 1. Juli 1916 wesentlich erhöht worden. Doch ist die Angelegenheit damit nicht als abgeschlossen zu betrachten, es läßt sich Erwägungen, ob eine neue Regelung erfolgen soll. Für die Ruhegehaltsempfänger, die einer Umverteilung bedürftig sind, ist in dem neuen Etat ein Betrag von 1 1/2 Millionen ausgeworfen.

Abg. Kelnath (natl.)

fragt an, in welcher Weise die Begriffe Gegenstände des täglichen Bedarfs und Gegenstände des notwendigen Lebensbedarfs geklärt werden sollen, um eine einheitliche Anwendung der Verordnungen sicherzustellen.

Direktor im Reichsamt des Innern Müller

verweist auf eine Auslegung des Reichsgerichts vom 12. Mai 1916. Man wird abwarten müssen, ob diese Auslegung die genügende Klärung schafft.

Abg. Vassermann (natl.)

fragt, welche Gegenmaßnahmen gegenüber der Beschlagnahme von deutschem Eigentum in Portugal getroffen worden sind.

Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt Dr. Kriege:

Durch Befehl vom 14. Mai ist bestimmt, daß Zahlungen an Portugal verboten sind, daß portugiesisches Vermögen der Sperre unterliegt und unter Zwangsverwaltung gestellt werden kann. Ueber die Beschlagnahme des portugiesischen Vermögens in Deutschland hat sich die Regierung die Entscheidung vorbehalten.

Abg. Schiffer (natl.)

bittet um Mitteilung, ob die spanische Regierung wegen Verletzung von Frachtschiffen durch deutsche U-Boote vorstellig geworden ist und welche Antwort ihr erteilt wurde.

Unterstaatssekretär Zimmermann:

Die Regierung hat sich Spanien gegenüber bereit erklärt, mit Rücksicht auf die ärmere Bevölkerung Spaniens den von Spanien ausgehenden Frachtabladungen nach England einen Begünstigung ausstellen zu lassen, der von unseren Seefahrtskräften respektiert werden würde. Die Regierung ging dabei von der Voraussetzung aus, daß die spanische Regierung unterzüglich bei der englischen Regierung das Durchlassen spanischer Frachtabladungen nach Deutschland bewirken und durchsetzen würde. Diese Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Abg. Gotthein (Sp.)

fragt wegen der Verweigerung der Reichsmoosenhilfe an Ehefrauen von Seelenen, deren Ehemänner im feindlichen oder neutralen Ausland zurückgehalten sind, durch das Versicherungsamt Rostock und das Oberversicherungsamt Schwerin.

Ministerialdirektor Dr. Caspar:

Der Staatssekretär hat seinerseits gegen eine wohlwollende Auslegung der Bestimmungen für die Ehefrauen von im Ausland zurückgehaltenen Seelenen keine Bedenken und hat dies den zuständigen Behörden mitgeteilt. Die Behörden haben sich auf denselben Standpunkt gestellt, mit Ausnahme des Versicherungsamtes Rostock und des Oberversicherungsamtes Schwerin. Auf eine Beschwerde der Seebürgerschaft hierüber hat sich der Staatssekretär mit der Großherzoglich-Mecklenburgischen Regierung in Verbindung gesetzt. Auf der Tagesordnung stehen weiter Anträge der Geschäftskommission auf Verlegung der Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Liebnicht (b. l. F.) und zur Fortsetzung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Kähle (b. l. F.).

Der Reichstag stimmt diesen Anträgen ohne Debatte zu. Ueber den Antrag der Geschäftskommission zum Antrag Verstein (Soz. Arb.), die Regierung zu ersuchen, das bei dem Militärgericht gegen den Abg. Dr. Liebnicht anhängige Strafverfahren und die Untersuchungshaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufzuheben, berichtet

Abg. v. Payer (Sp.):

Das erste Urteil des Militärgerichts hatte bekanntlich anerkannt, daß Liebnicht nicht aus ehrlicher Gesinnung, sondern aus politischem Fanatismus gehandelt hatte. Das Urteil wurde aufgehoben, und Liebnicht wurde vom Oberkriegsgericht zu

4 Jahren 1 Monat Zuchthaus,

Entfernung aus dem Heere und zur Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für 6 Jahre verurteilt. Die Kommission war sich einig darüber, daß sie auch jetzt noch bereit ist, die Aufhebung des Verfahrens zu beschließen, wenn sich in der Sachlage etwas Wesentliches geändert habe. Darüber aber, ob diese Voraussetzung zutrifft, gingen die Meinungen in der Kommission auseinander. Die Mehrheit der Kommission hat eine solche Änderung der Sachlage nicht anerkennen können und

beantragt daher Ablehnung des Antrages Verstein.

Abg. Landsberg (Soz.):

Meine politischen Freunde werden alle für den Antrag Verstein stimmen. Die Gründe sind dieselben, die uns im Mai d. A. veranlaßt haben, selbst einen gleichlautenden Antrag zu stellen. Ich habe niemals gefragt, wie wir im Interesse des Reichstags und des Deutschen Reiches, daß Sie unserem Antrage stattgeben möchten. Das würde zugleich dazu geführt haben, daß

das Strafverfahren gegen Liebnicht aufgeschoben würde bis zu einer ruhigeren Zeit. Wie der Verlauf des Strafverfahrens gezeigt hat, wäre dies auch durchaus vom Nutzen gewesen. Mit einer Sicherheit, die nicht auf besserer Seelenkunde, sondern wohl auf dem Bewußtsein von der Unangreifbarkeit der tatsächlichen Feststellungen beruht, hat das Militärgericht zweiter Instanz den Angeklagten und seine Handlungsmotive für ehrlich erklärt und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt. Diese gerichtliche Feststellung ist unrichtig, darüber sind sich alle einig, die Liebnicht kennen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und es befinden sich Männer darunter, die die ganze Laufbahn dieses Mannes, der

ein außerordentlich komplizierter Charakter

ist, überblicken, die deshalb ein richtiges Urteil über ihn fällen können, als die Richter, die ihn nur in einer mehrstündigen Verhandlung kennen gelernt haben. Wer über Menschen richten will, der muß menschlich fühlen, er darf sich nicht das Idealbild eines Menschen konstruieren und den Angeklagten, je nachdem er sich von diesem Idealbild mehr oder weniger entfernt, für mehr oder weniger strafwürdig erklären. Der Richter muß bestrebt sein, in die Seele des Angeklagten hineinzuleuchten und darf ihn nicht nach seinen Gedankenängsten, sondern nach denen des Angeklagten beurteilen. Die Tat mit ihren Beweggründen ist es, die über die Frage der Ehrlosigkeit einer Handlung und des Mannes, der sie begangen hat, entscheidet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das hat das Militärgericht zweiter Instanz vollkommen verkannt. Hätte Liebnicht bestritt, die Kriegsmacht Deutschlands zugunsten der mit uns im Kampf befindlichen Länder zu erschüttern, dann wäre der vorliegende Antrag nicht gestellt. Seine Absicht hat Liebnicht selbst deutlich genug angedeutet. Sein Ziel ist nicht, daß Deutschland zugrunde gerichtet wird, sondern daß ein Friede herbeigeführt wird, der keines der am Kriege beteiligten Länder schwächt, sondern zu einer allgemeinen Verständigung und Versöhnung der Völker führen kann. Diesen Frieden will er dadurch erzielen, daß er die Massen in allen am Kriege beteiligten Ländern in Verwirrung setzt, damit sie ihren Willen zur Beendigung des Krieges den Regierenden aufzwingen. So sehr ich mit dem Ziele übereinstimme, einen Frieden herbeizuführen, der kein Volk verweigert, für so verkehrt halte ich das angewandte Mittel. Liebnicht hat seine Kräfte und die korrespondierenden Kräfte im Ausland überschätzt. Aber daß dieser Irrtum ihn als einen ehrlosen Mann erscheinen läßt, muß ich entschieden bestreiten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn er sich von dem Gedanken hätte leiten lassen, daß er vom Gericht berufen sei, die Völker vom Elend des Krieges zu befreien, so würde ich auch nicht ausgehen können, daß diese Vorstellung eine ehrlose Gesinnung erkennen ließe. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es wird sehr bald eine Zeit kommen, in der man dies Urteil

neben den Urteilen aus der Reaktionsperiode

der fünfziger Jahre nennen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Noch besteht die Möglichkeit, es aus der Welt zu schaffen. Ich hoffe, daß die Revision Erfolg haben wird. Sollte das der Fall sein, so würden meine politischen Freunde, daß die erneute Prüfung der Schuld- und Straffrage in einer Zeit stattfindet, in der die Herren weniger bis zur Gefahr des Zerreißen gespannt sind als heutzutage. Der Gedankengang der Aktion Liebnicht ist jetzt derselbe gewesen, wie in seiner

antimilitarischen Broschüre,

berentwegen er sich 1907 vor dem Reichsgericht zu verantworten hatte. Damals hat das Reichsgericht den Antrag des Oberkriegsgerichts auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte mit der Begründung abgelehnt, daß Liebnichts Beweggründe politische gewesen seien. Es hat also den Gedanken vertreten, daß von einer Ehrlosigkeit nicht die Rede sein könne, wenn ein Handeln von politischen Motiven geleitet sei. Wenn ein Gericht sich jetzt auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt hat, so wird das nur durch die Zeitumstände erklärt. Meine politischen Freunde zweifeln nicht, daß in einer leidenschaftlicheren Zeit dies Urteil nicht zum zweiten Male gefällt werden wird. Wir stimmen deshalb dem Antrag Verstein auf Hinausschiebung des Verfahrens zu. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.):

Es ist die

Pflicht des Reichstags,

das für zu sorgen, daß das Recht seiner Mitglieder auf Teilnahme an den Verhandlungen des Reichstages nicht aus politischen Gründen geschmälert wird. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Die „Kreuzzeitung“ hat 1885 mit vollem Recht erklärt — man sieht, auch die Konservativen wissen Parlamentsrechte zu schätzen, wenn es sich um sie handelt —: wenn man auch nur in einem einzigen Fall das Immunitätsprinzip durchbricht, so schließt man damit die Tür des Parlamentes tatsächlich zu. Wenn Sie sich von einer gewissen Voreingenommenheit gegen die Verurteilung Liebnichts freimachen, so müssen Sie anerkennen, daß es unzulässig dem Reichstags ist, bei Verurteilung über beratige Fragen irgend etwas auf die politische Haltung des Betroffenen zu geben. Die Gleichberechtigung seiner einzelnen Mitglieder ist die notwendige Voraussetzung des Parlamentes. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Es konnte nur eine einzige Ausnahme geben, von dem Prinzip, das man unter keinen Umständen einem Abgeordneten durch ein Strafverfahren aus dem Hause fernhalten darf, wenn der Abgeordnete etwa wegen eines gemeinen oder schweren Verbrechens angeklagt wäre und die Verbunkelung des Tatbestandes zu befürchten wäre. Davon kann hier keine Rede sein, denn Liebnicht hat stets mutig und ehrlich für seine Überzeugung gestanden. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Am Schluß der zweiten Verhandlung, als ihm die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt wurden, hat er ausgerufen:

Wieder mit der Regierung, wieder mit dem Krieg!

und hat damit erneut die Lautstimmigkeit der Absicht seines Vorgehens bekundet.

Für einen Sozialdemokraten ist es überdies platter Konsens, anzunehmen, daß Liebnicht Landesverrat begangen hat. Der Sozialdemokrat steht jeder fremden kapitalistischen Regierung genau so revolutionär gegenüber wie der eigenen. Er kämpft

im Namen des internationalen Proletariats gegen den internationalen Kapitalismus

und sagt diesen dort, wo er ihn findet, also im eigenen Lande, indem er die Regierung als Repräsentantin des Kapitalismus bekämpft. So hat Liebnicht selbst seinen Standpunkt gekennzeichnet. Es ist eine Tragikomödie, daß man Liebnicht, der wegen seines Kampfes gegen den Parisismus jahrelang von den deutschen Behörden verfolgt worden ist, jetzt nachlagert, daß er dem Parisismus Vorstoß geleistet habe. (Sehr gut! bei der Soz. Arb.) Wie man annehmen kann, durch Liebnicht sollte die Kriegsmacht vorläufig geschwächt werden, ist platonisch undenkbar. Das ist die Überzeugung der ungeheuren Mehrheit des deutschen Volkes. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Als die Kunde sich verbreitete, die Anklage gegen Kriegsverrat ist erhoben,

legten zahlreiche Arbeiter in Berlin die Arbeit nieder,

um dagegen zu protestieren. Das zeigt das Rechtsempfinden des Volkes. Das Eintreten für den Frieden ist das einzige, was Liebnicht getan hat. Wenn man denjenigen, der das tut, wegen

Kriegs- und Landesverrat bestraft, so ist man jenseits der Grenze jedes Rechts. Wegen der infamierten Liebnicht wurde eine Hege inszeniert, die der Wahrheit im Gesicht schlug. Im Prozesse erster Instanz war vom Gericht Klipp und klar ausgesprochen, daß der Angeklagte lediglich seiner politischen Überzeugung gefolgt ist und daß ehrlose Gesinnung deshalb nicht vorliegt. In der Mitteilung an die Presse

wurde dieser Passus ausstrahlt

und dafür von Fanatismus gesprochen. Zugleich wurde der Presse unter Benützung des Belagerungs- und Belagertenverwehrs, das richtig zu stellen. (Lebhafte Hört! Hört! links.) Nach der Verhandlung zweiter Instanz kam eine vertrauliche Anweisung an die Reaktionen, daß sie lediglich den offiziellen Bericht mitteilen dürfen. Dieser offizielle Bericht enthält den Zusatz, Liebnicht habe auch selbst eingestanden, daß er durch die Flugblattverbreitung und durch die Veranstaltung der öffentlichen Demonstration eine Schwächung der deutschen Kriegsmacht bezwecke.

Es ist unklar, daß Liebnicht irgend ein solches Eingeständnis gemacht hat.

Eine Verächtlichmachung dieser Unwahrheit wurde abgelehnt. Es ist klar, daß man die öffentliche Meinung gegen Liebnicht aufbringen wollte. Diese Momente sollten Sie doch veranlassen, in dieser Zeit den Prozeß nicht weiter führen zu lassen. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ist nicht erfolgt, weil Liebnicht eine ehrlose Gesinnung hat, sondern

weil man ihn aus dem Reichstage herausdringen wollte.

(Sehr wahr! bei der Sozialdem. Arb.) Aber in politischen Prozessen können die Richter ja gar nicht richtig urteilen. Ich erinnere an die Prozesse in den 20er, 30er, 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen diejenigen, die für eine Einheit Deutschlands eintraten. Der Richter des Liebes-Deutschland, Deutschland über alles! verlangt in seinem Liebes-Engigkeit und Recht und Freiheit. Deshalb wurde er von seinem Amte abgesetzt, wurde ausgewiesen und von Land zu Land geschickt. Das war nur möglich, weil die Richter und Behörden diese Bestrebungen absolut nicht verstehen konnten. Von der nationalen Idee kommen wir unabweislich zu der internationalen Verständigung. Diese Ansicht vertritt Liebnicht, diese Idee verstehen aber die Richter nicht, und deshalb fällen sie ein so

faßliches Tendenzurteil.

Liebnicht bekämpft den Imperialismus in allen Ländern. Wie kann man da den Unfassen annehmen, er wolle die deutsche Kriegsmacht schwächen. Nein, diese Richter verstehen den Angeklagten nicht und haben ihn insbesondere in der jetzigen Zeit nicht verstehen können.

Liebnicht ist verfolgt worden, weil er Abgeordneter ist,

und deshalb ist es doppelt Pflicht, daß wir dafür sorgen, daß jetzt das Verfahren eingestellt wird und erst dann weiter verhandelt wird, wenn wir von der Militärjustiz befreit sind. Es handelt sich nicht um das Recht Liebnichts, sondern um das des Parlamentes. 1883 erklärten konservative, wenn man das Immunitätsprinzip einmal durchbricht, so verfehlt man die Tür des Parlamentes. Damit hatten sie recht. Die schwerste Schädigung des Deutschen Reiches liegt in der Unterdrückung des Parlamentes und der Meinungsfreiheit. Geben Sie daher unserem Antrage statt. (Lebhafter Beifall bei der Soz. Arb.)

Abg. Kähle (bei keiner Fraktion):

Liebnicht sieht dem Antrag so fern wie möglich.

Er wird die Ablehnung des Antrages als größte persönliche Benützung betrachten und als glänzende

Rechtfertigung der Politik, die er hier vertreten hat,

und die von Hunderttausenden draußen vertreten wird und die in Zukunft mit Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit fortgesetzt werden wird trotz aller Verfolgungen und Unterdrückungen. Die Verurteilung Liebnichts kann nicht das Werk dieses Parlamentes sein, ebenso wenig wie die Herbeiführung des Friedens oder die Befreiung des Proletariats.

Die Befreiung Liebnichts wird das Werk des arbeitenden Volkes sein

und zwar als eine Frucht des Klassenkampfes, der immer noch den Ansporn aller sozialdemokratischen Politik bildet. Die arbeitenden Massen werden sich auf ihre historische Pflicht besinnen, und sie werden von ihrer Macht Gebrauch machen, um ihren Zielen zum Siege zu verhelfen. Wenn der vorliegende Antrag nicht Beunruhigt wird, um durch das Fenster hindurch den Massen zuzurufen, was sie für ihre Befreiung zu tun haben, so bleibt er

ein Spiel mit Worten.

Dieserjenige, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig den Auszug des Imperialismus unterstützen...

Vizepräsident Dove

ruft den Abg. Kähle wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung. (Abg. Vogtherr [Soz. Arb.]: Der Ausdruck war berechtigt.) — Abg. Vogtherr wird ebenfalls zur Ordnung gerufen.

Abg. Kähle (fortfahrend):

Dieserjenige, die für diesen Antrag stimmen und gleichzeitig die Politik der herrschenden Klassen unterstützen, haben das Recht verweigert, Vertreter der proletarischen Massen zu sein. Ich weiß, daß ich im Sinne Liebnichts spreche und in seinem Sinne handele, wenn ich

nicht an dieses Parlament appelliere,

sondern an die Millionen, die draußen stehen und wenn ich diese Millionen aufrufe, Ihre Pflicht zu tun. (Zuruf rechts: Das war sehr schön!)

Die Debatte schließt. Der Antrag der Geschäftskommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen angenommen. Es folgt die Beratung des Nachtragsstats:

Der neue Kriegskredit von 12 Milliarden.

Reichsfinanzsekretär Graf Noebers:

Bisher sind Kriegskredite im Betrage von 62 Milliarden Mark bewilligt, auf die 40 Milliarden heute bereits eingezahlt sind. Unsere Anleihepolitik ist also von einem beispiellosen Erfolg begleitet gewesen. Die ersten Anleihen zeigten alle denselben Typus. 5 prozentigen Zinsfuß und fast denselben Ausgabebetrag. An Vorbedingungen, die fünfte Anleihe anders unterzubringen, hat es nicht gefehlt. Der Reichsbankpräsident konnte aber diesen Vorbedingungen gegenüber darauf hinweisen, daß es besonderer Anreizmittel auch bei dieser Anleihe nicht bedürfen würde. Diese Ermattung hat nicht getäuscht.

Rein 12 Milliarden 652 Millionen sind gezeichnet worden, von annähernd vier Millionen Zeichnern, also von ungefähr ebensoviel, wie bei der größten bisher gezeichneten, der dritten Kriegsanleihe. Die Zahl der Zeichner und die Höhe der Gesamtsumme ergeben, daß es sich auch hier um eine wahre Volksanleihe handelt. Bei der Werbe- und Aufklärungsarbeit sind auch diesmal die Beamten durch die Geistlichen und Lehrer in hohem Maße unterstützt worden. Neben allen Banken haben wertvolle Hilfe wiederum die Sparkassen, die Kreditgenossenschaften, die Landbanken, aber auch die Presse und zuteil werden lassen. Am 30. September waren bereits 1/2 Milliarden Mark auf die Anleihe eingezahlt. Heute

in der Betrag von 8 1/2 Milliarden bereits überschritten. (Oratio) Diese Tatsache widerlegt am besten das alte Märchen von der Finanzierung unserer Anleihen durch die Darlehensklassen. Die Zinsanspruchnahme der Darlehensklassen der 5. Kriegsanleihe beträgt genau 233 139 000 M., also noch nicht 3 Prozent des bis jetzt eingezahlten Betrags. Die gesamten zurzeit noch vorhandenen Kriegsanleihe darlehens für sämtliche Anleihen betragen etwas über 1 Milliarde, also wiederum noch nicht 3 Prozent des gesamten bisher eingezahlten Betrags von 45 Milliarden Mark. Ich begreife, daß das Ausland sich immer wieder fragt, wie diese Auffüllung unserer Kriegskasse aus den eigenen Mitteln des Volkes zu erklären ist.

Das Geheimnis liegt eben in unserem Abfluß nach außen, der als Äquivalent für die verringerte Einfuhr verringerte Zahlung in das Ausland zur Folge hat, in der angestrengten Arbeit, die hinter der Front in Landwirtschaft und Industrie geleistet wird, und schließlich in der Sparbarkeit, an die wir uns auf so manchen Gebieten haben gewöhnen müssen. Jetzt doch die Sparfassenstatistik für die ersten drei Monate d. J. selbstverständlich ohne die Abschreibungen auf die Kriegsanleihen, eine Zunahme von 1 Milliarde 710 Millionen, annähernd denselben Betrag, wie im vorigen Jahre in demselben Zeitraum, und über 1 Milliarde mehr als in demselben Zeitraum des in seiner ersten Hälfte noch als Friedensjahr zu betrachtenden Jahres 1918. Der Direktor der hiesigen Sparkasse schlägt auch für dieses Jahr die Zunahme der Sparkasseneinlagen auf 8 1/2 Milliarden Mark. Nicht man aus dieser vermehrten und durch nichts erzwingbaren Zunahme bei den Sparkassen den Schluß auf die Bausparnisse und auf die Einlagen bei den Genossenschaften, so wird auch dem Ausland die Aufbringung der Milliardenanleihen verständlich werden. Während unser Geld im wesentlichen im Lande bleibt, werden die feindlichen Staaten mit jedem Tage dem Ausland in höherer Maße tributpflichtig. Der englische Schatzkanzler hat jüngst gesagt, daß er für jeden Werttag 40 Millionen Mark für Zahlungen in das Ausland finden müsse, und zu diesen Zahlungen für Kriegsmaterial kommt der Einfuhrüberschuß in England und Frankreich. Die Kriegsvorschüsse an die Bundesgenossen betragen für England schon jetzt 16 Milliarden Mark. Wenn Englands Steuerpolitik auch energisch und rücksichtslos der alten Tradition in der Kriegsführung treu bleibt, so hat doch der Diskont der Bank von England auf 4 1/2 Proz. festgesetzt werden müssen, und der Kurs der Konsols ist auf 46 1/2 Proz. gesunken. Dem gegenüber hat unser Reichsanwalt im Dezember 1918 beim fünfprozentigen Diskontsatz bleiben können. Unsere Last ist hoch, aber geringer als die der Feinde. Nach meiner Schätzung haben die europäischen Staaten

bisher 250 Milliarden Mark Kriegskosten gehabt, ohne Anrechnung der zerstörten Werte und der kommenden Rentenverpflichtung. Davon fällt auf uns und unsere Verbündeten etwa ein Drittel. (Hört! hört!) Nicht auf uns fällt die Verantwortung für den weiteren Verbrauch nicht nur von Geld, sondern von dem besten Kapital, dem Leben der kämpfenden Landesfinder.

Unsere Kriegskosten betragen in den letzten vier Monaten im Durchschnitt 2187 000 M. In diesem Monat kommen 20 Millionen für die von den Bundesstaaten und Kommunalverbänden vorausgelagerten Familienunterstützungen hinzu. Ein Teil der neu geforderten 12 Milliarden wird, wie ich hoffe, friedlichen Zwecken dauernd nutzbar gemacht werden. Der weitaus größte Teil aber gilt unserem kämpfenden Heere für Munition und Kleidung für den Winter. Wir hoffen deshalb auf Ihre einmütige Zustimmung. (Wo wo!)

Abg. Dr. Spahn (Z.): Namens meiner politischen Freunde, und ich glaube wohl sagen zu können im Namen des Hauses, kann ich ansprechen, daß wir den Nachtragsetat bewilligen werden. Wir sehen in dem angeforderten Kredit von zwölf Milliarden ein Hilfsmittel zur Erreichung eines dauernden, dem gedachten Opfer gerecht werdenden Friedens. Ich schreibe mich dem Dank des Reichstagespräsidenten an alle diejenigen an, die zur Aufbringung dieser Milliarden beigetragen haben, insbesondere auch an die Presse, die unter eigenen persönlichen Opfern in diesem Sinne gewirkt hat. Ich bitte, der Vorlage ohne Kommissionsberatung zuzustimmen.

Abg. Ebert (Soz.): Namens meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben: Erneut tritt die Forderung eines Kriegskredits an uns heran. Zu unserem tiefen Bedauern müssen wir feststellen, daß auch zurzeit noch

Aussichten auf einen baldigen Frieden nicht vorhanden sind. Die Erklärungen der leitenden Staatsmänner in den gegen uns kriegsführenden Ländern lassen von Friedensbereitschaft nichts spüren. Noch immer beharren sie bei ihren Unterwerfungs- und Vernichtungsbrohungen und gegenüber, noch immer geben sie sich der Hoffnung hin, die militärische Lage zu ihren Gunsten zu wenden und Deutschland den Frieden diktieren zu können, einen Frieden, der mit der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes gänzlich unvereinbar wäre. Ja, selbst aus den führenden sozialistischen Kreisen des gegnerischen Auslandes werden leider noch immer Kriegsziele verkündet, die in den Bestand des Deutschen Reiches eingreifen. (Hört! hört!)

Die unsrerseits bekundete Bereitschaft zu einem Frieden der Verständigung,

der keines der beteiligten Völker vergewaltigt, ist neuerdings wieder aufs schroffste zurückgewiesen worden. (Hört! hört!)

Angesichts dieser Sachlage stehen wir auch heute noch vor der Notwendigkeit, die Mittel zu bewilligen,

die erforderlich sind, um unser Land gegen den Ansturm der feindlichen Uebermacht auf allen Fronten zu schützen.

Unser Volk leistet Heldentaten draußen und in der Heimat. Seine Widerstandskraft zu stärken, ist die vornehmste Pflicht. Wir fordern daher, daß die Regierung alles aufbietet, um die Schwierigkeiten in der Organisation der Verteilung der Nahrungsmittel zu überwinden und die alsbaldige Herabsetzung der Preise für Lebensmittel und alle notwendigen Gebrauchsgegenstände herbeizuführen. Auch ist ein wirksamer Schutz der Arbeiter und Arbeiterinnen, insbesondere der in den Kriegsindustrien Beschäftigten, geboten. Ebenso ist es dringend notwendig, weitere Mittel bereit zu stellen, um die Wunden, die der Krieg schlägt, zu mildern, die Kriegsverletzten vor wirtschaftlicher Not zu bewahren und die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer zu erhöhen.

Indem wir wiederum den Entschluß bekunden, in der Verteidigung der Lebensinteressen unseres Landes

auszuhalten, lehnen wir erneut darüber hinausgehende Kriegsziele ab. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie nichts versäumt, um zu einem baldigen Frieden zu gelangen, der die Lebensinteressen auch der anderen Völker achtet und internationale Rechtsbeziehungen anbahnt, durch die die Kulturvölker vor dem Unheil neuer Kriege bewahrt werden. Nur ein solcher Friede trägt die Gewähr der Dauer in sich und dient auch den höchsten Interessen des deutschen Volkes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bernstein (Soz. Arb.): Nach den Ausführungen des Reichstagespräsidenten ist dies nicht die letzte Kriegsanleihe, die an den Reichstag gelangt. Da müssen wir fragen, wie lange soll denn das noch gehen, wie lange soll dieser Krieg noch dauern? Wir erleben eine zunehmende Verschuldung unserer Nation.

Woher kommen die Mittel, die aufgebracht werden?

Der Schatzkanzler meinte, es hätte keines besonderen Druckes bedurft, um diese Leistungen anzubringen. Ich will darauf nicht näher eingehen, sondern nur kurz sagen, daß uns doch eine ganze

Reihe von Fällen bekannt ist, wo allerdings ein starker Druck ausgeübt worden ist, um das Ergebnis der Anleihezeichnung zu erzielen. Wer sind die Hauptzwecke für diese Anleihen? Ein großer Teil davon sind öffentliche Institute. Das war nur möglich durch Schwächung ihrer eigenen Finanzkraft, die sich in der Zukunft noch schwer rächen wird. Der größte Teil der Anleihezeichner stammt aus den Kreisen der

erfolgreicher Landwirte, erfolgreicher Händler und Großindustrieller, die ihre hohen Kriegsgewinne, die sie auf Kosten der breiten Massen des Volkes gemacht haben, in Reichsanleihe anlegen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Niemand kann bestreiten: Unser Volk hat sein Leben außerordentlich teuer zu bezahlen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Arb.) Viele Existenzen sind ruiniert, andere gehen ihre Erbsparnisse auf. Die Tatsache, daß es gelungen ist, den Bank- und Anleihezinsfuß auf 8 Prozent zu erhalten, schließt nicht dagegen, daß im Geschäftsleben eine ganz gewaltige Steigerung des Zinsfußes die Folge ist. Ich erinnere an den Notzinsfuß des städtischen Grundbesitzes. Einmal muß ja doch dieser Krieg ein Ende nehmen. (Heiterkeit und Zurufe.) Man sagt, wenn kein Geld mehr da ist. Ja, das ist leider die Perspektive. Die Zahl derer, die durch den Krieg Gewinne gemacht haben, ist unendlich viel kleiner, als die Zahl der durch den Krieg Geschädigten. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb.) Die Landwirte und die Großindustriellen gehen aus dem Kriege gestärkt an Finanzkraft und auch gestärkt in ihren Organisationen hervor. Unserer Arbeiterkraft aber wird es sehr schwer werden, in Zukunft ihre Lebenshaltung auch nur auf den früheren Stand zurückzubringen. (Sehr richtig! bei der Soz. Arb.) Man sagt, an uns liegt nicht die Schuld, wenn der Krieg noch fort-dauert, die andern sind schuld. Gewiß wollen alle den Frieden — es ist sicher nur eine ganz geringe Zahl von Leuten, die den

Krieg um des Krieges willen

fortzusetzen wünschen —, aber daß man den Frieden will, das bringt noch keinen Frieden. (Sehr wahr! und Heiterkeit.) Es kommt darauf an, was man tut. (Sehr wahr! bei der Soz. Arb. Ironisches Sehr richtig! rechts.)

Auch in Ausland gibt man Friedenserklärungen ab. Ebert sprach von dem Friedensunwillen in anderen Ländern und machte einige Bemerkungen gegen die ausländischen Sozialisten. Ich muß sie dagegen in Schutz nehmen. Nicht nur die Independent Labour Party weist jede Eroberung zurück, auch eine Reihe anderer Sektionen, auch die englische Arbeiterpartei, auch die französischen Sozialdemokraten in ihrer Mehrheit und Widerheit. (Widerpruch rechts.) Sie verlangen lediglich die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Kein zurechnungsfähiger Mensch denkt daran, Deutschland vernichten zu wollen. (Lachen rechts.) Der Reichsanwalt sagte, er strebe die Friedenshand aus, finde aber nirgends Gegenliebe. Diese Verusche, mit einzelnen zur Verständigung zu kommen, auf dem Rücken der anderen, müssen fehlschlagen, wie jetzt auch scheinbar die Versuche, zu einem Sonderfrieden mit Rußland zu kommen, fehlschlagen sind. Was haben wir in diesen Wochen nicht gesehen von Liebeserklärungen an Rußland. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Sache.)

Diese Friedenserklärungen an die Adresse Rußlands,

gegen das vor zwei Jahren die ganze Welt aufgerufen wurde, sind nicht gerade sehr ehrenvoll für uns. Wir Sozialdemokraten sind selbstverständlich nicht gegen einen Frieden mit Rußland, aber das Herausheben einer einzigen feindlichen Macht muß erfolglos bleiben. Was ist der Grundfehler der deutschen Politik, was nimmt selbst die ehrlichen Friedensfreunde gegen uns ein? Das ist das hochgradige Mißtrauen, mit dem nicht nur die Regierungen und herrschenden Klassen der anderen Länder, sondern auch die Völker auf uns blicken. Ich habe nicht die Aufgabe, unsere Gefandten zu verteidigen, aber die Sünden und Fehler an der Peripherie können von der Zentrale aus jederzeit beseitigt werden, die Fehler der Zentrale dagegen kann auch die beste Peripherie nicht aus der Welt schaffen. Der Abg. David ist vor einigen Wochen auf die russische Mobilmachung eingegangen, die Deutschland zum Kriege gezwungen habe. Die Mobilmachung... (Lebhafte Schlußrufe rechts. Vizepräsident Dr. Paasche: Ich muß Sie dringend bitten, zur Sache zu kommen und bitte Sie, mich nicht zu zwingen, Gewaltmaßregeln anzuwenden.)

Der Reichstag soll in diesem Augenblick weitere zwölf Milliarden bewilligen. Denken Sie an die Opfer, die der Krieg dem Volk bereits auferlegt hat. Da muß man doch auch auf einen Teil der Ursachen des Krieges und der Stimmung der Völker eingehen können, die es bewirken, daß wir so schwer zum Frieden kommen.

Die großen Massen der Völker haben keine gegensätzlichen Interessen, auch die großen Massen des Bürgertums nicht. Nur eine verhältnismäßig kleine Minderheit steht hinter allen Gegensätzen. Denken Sie doch einen Augenblick zurück an die Zeit unmittelbar vor dem Krieg, ein wie starkes Friedensbedürfnis war in allen Ländern vorhanden. Nun stehen wir in diesem Krieg, der, je länger er dauert, nicht nur immer mehr Opfer fordert, sondern auch immer mehr Gerechtigkeit und Erbitterung schafft, immer brutaler geführt wird, immer mehr mit Mitteln, die jedes Rechtsgefühl zum Widerspruch herausfordern. Der Krieg geht immer mehr in

die Methoden früherer Jahrhunderte

zurück. Es war ein Ergebnis kultureller Entwicklung, daß der Krieg nur geführt werden soll gegen die Kämpfer. Heute ist das Schritt für Schritt wieder verlassen, wir haben Petitionen bekommen, die direkt den

Krieg gegen die Nichtkämpfer mit den brutalsten Mitteln verlangt haben, wenn man glaubt, mit Bombenwerfen auf offene Städte eine Nation zum Nachgeben zu zwingen, so ist das eine vollkommene Verletzung der Volkssouveränität. Vor 2000 Jahren sagte Sophokles in seinem „Ajax“: „Man soll den Feind nur so bekriegen, daß er sein Freund auch wieder werden kann.“ Heute wird dieses Wort außer acht gelassen.

Über 4 1/2 Millionen Tote zählt man bereits, etwa 3 1/2 Millionen Invalide, und 11 Millionen Verwundete.

Wie lange soll dieses Menschenmorden noch dauern?

Um ihm ein Ende zu machen, muß man nicht zweideutige Erklärungen abgeben. Ich will Ihnen ein Mittel sagen: von autoritativer deutscher Seite soll erklärt werden, wir sind bereit zu einem Waffenstillstand als Einleitung eines allgemeinen europäischen Kongresses, der den Frieden herstellen soll auf der Grundlage des demokratischen Rechtes aller Völker. (Vizepräsident Paasche: Diese allgemeinen Erörterungen über Krieg und Frieden gehören nicht zur Sache.) Ich habe im Namen meiner Fraktion folgende

Erklärung

zu verlesen: Die Stellung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zu den geforderten Kriegskrediten ist bestimmt durch ihre Stellung zum Kriege selbst, zur Politik, die ihn herbeigeführt hat, und zur Politik, die ihn fortzubauern macht. Wir sind

grundfällige Gegner dieses Krieges,

wie wir grundsätzliche Gegner aller Kriege sind. Denn alle Kriege haben in unseren Tagen Klasseninteressen und Klassenvorurteile der Herrschenden und Besiegten zur Ursache. Konflikte zwischen den arbeitenden Massen verschiedener Länder, die zu ihrer Austragung dieses brutalen Mittels bedürfen, sind eine Unendlichkeit. In keinem Lande hat am Vorabend dieses Krieges die Arbeiterklasse noch ihm verlangt, in allen hat die Sozialdemokratie bis zur letzten Stunde mit Leidenschaft sich gegen ihn aufgestellt. Wenn er trotzdem

herbeigebrochen ist, so hat das Ueberwiegen von Interessen, Einrichtungen und Auffassungen, die wir als verderblich auf das entscheidende belämpfen, den Entscheid dafür gegeben. Diese Interessen und Auffassungen: das imperialistische Streben nach Macht- und Ausbreitung, die kapitalistische Sucht nach Ausbeutungsmonopolen, ein nationalstischer Dünkel und der Militarismus mit seinen veralteten Ehrbegriffen lassen trotz all der furchtbaren Erfahrungen und Opfer dieses Krieges es zu seinen Friedensverhandlungen, geschweige denn zu einem Friedensschlusse kommen. Zu ihnen gesellt sich als Feind des Friedens das Interesse von Massen, denen der Krieg ein Mittel ist, auf dem Rücken der breiten Masse der Bevölkerung einen

verbrecherischen Duce

zu treiben. (Stürmische Unterbrechungen. — Vizepräsident Dr. Paasche: Derartige Heußerungen kann ich auch im Namen einer Fraktion nicht zulassen!) Die Ausweitung des Volkes, die Zerstörung von Werten, die Zerrüttung der Finanzen haben neben dem unerhörten Massenopfer an Menschenleben und Menschengeundheit einen Grad erreicht, der gebieterisch fordert, dem Spiel jener Mächte Einhalt zu tun. Überall nimmt er indes noch unheimlich seinen Gang. Was insbesondere Deutschland anbetrifft, so kann keiner der Gründe, die man hier für die Notwendigkeit der Dauer des Krieges geltend macht, von uns als stichhaltig anerkannt werden. Wir wollen klar und ohne Umschweife, daß statt der Gewalt der Waffen das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker zur maßgebenden Grundlage der Beziehungen der Nationen gemacht wird, daß der Grundsatze der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit rückfallslos anerkannt und die Möglichkeit geschaffen wird, diesen Krieg mit Einleitung einer Ära der allgemeinen Abrüstung zu beenden. Die Völker ersehnen den Frieden, aber sie wollen einen Frieden, der sie erlöst vom Alp des ihren Wohlstand erdrückenden und ihre Sicherheit ständig bedrohenden Militarismus. Ein Friedensprogramm, das diesen Grundsatzen in jeder Hinsicht gerecht wird, würde von ihnen allen mit Begeisterung begrüßt werden. Eine von dem Gedanken der internationalen Solidarität der arbeitenden Klassen mit allen Konsequenzen dieses Gedankens geleitete Politik ist allein imstande, die Arbeiter der Kulturwelt zu einer einzigen großen Friedenspartei zu vereinen. Die Regierenden geben uns heute das Beispiel größter Katoisigkeit. Sie konnten den Krieg entfesseln, sie finden aber nicht den Weg, ihm ein Ende zu geben. Eine Politik, welche die Völker in die gegenwärtige furchtbare Lage gebracht hat, auch nur mittelbar zu untergraben, würden wir für Pflichtvergeßenseheit halten. Wir fordern ein entschiedenes Verlassen dieser Bahn, wir verlangen eine wahrhaft demokratische auswärtige Politik, wie wir für die Verantwortlichkeit der Demokratie im Innern als die beste Friedensgarantie kämpfen. Wir sind nicht in der Lage, die Verantwortung für die Weiterführung der von uns für verderblich erkannten Politik zu übernehmen und

lehnen daher die geforderten Kredite ab.

(Lebhafte Beifall bei der Soz. Arbeitsgemeinschaft.)

Die Debatte schließt.

Auf Antrag Vasser mann (natl.) wird sofort die zweite und dritte Lesung vorgenommen. In dieser werden die geforderten Kredite gegen die Stimmen der Soz. Arbeitsgemeinschaft debattellos bewilligt.

Es folgen die gestern zurückgestellten Abstimmungen über den Antrag der Budgetkommission betr. Zusammenzutreten dieser Kommission in Zeiten der Vertagung des Reichstags zur Beratung von Angelegenheiten der auswärtigen Politik und des Krieges, sowie über die dazu vorliegende konservative Resolution, die nur für die Dauer des Krieges die Möglichkeit der Einberufung der Budgetkommission zur Besprechung auswärtiger Fragen vorseht. — Nach Ablehnung der konservativen Resolution wird der Antrag der Budgetkommission in namentlicher Abstimmung mit 302 gegen 31 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

Ein Beschlussewurf über die Festsetzung von Kursen der vom Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere wird nach kurzer Debatte an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Zur Frage der

Schutzhaft

beantragt die Budgetkommission, ein Gesetz zur Regelung der Schutzhaft während eines Kriegszustandes einer besonderen Kommission zur Vorberatung zu überweisen.

Abg. Landsberg (Soz.):

Nach unserer Auffassung braucht das Gut der persönlichen Freiheit nicht beeinträchtigt zu werden, um einen Krieg siegreich durchzuführen. Wir sind jüngst erst Zeugen einer wilden Agitation gegen die Art der Kriegführung geworden. Keiner der Männer, die an der Spitze dieser Agitation standen, ist seiner Freiheit beraubt worden. Ich möchte einen hohen Reichsbeamten zu nennen, der als Sachverständiger darüber vernommen werden konnte, ob eine Demonstration auf dem Potsdamer Platz gefährlicher ist als eine Agitation, die von der Schwanthaler Straße in München inspiert wird. (Heiterkeit.) Ich glaube, sein Gutes würde stark antikörperisch ausfallen. Trotzdem ist niemand von diesen Männern in Schutzhaft genommen. Ich freue mich darüber, aber wenn man gegenüber so groblichen Ausschreitungen der einen Seite so nachsichtig ist, darf man nicht auf der anderen Seite mit Feuer und Schwert vorgehen. Wir sind für Beseitigung des Belagerungszustandes, der die Mißbräuche bei der Schutzhaft erst ermöglicht. Gegen den Antrag der Kommission hat die Regierung eingewandt, es sei besser, daß ein Unschädlicher leide, als daß die Gesamtheit Schaden nehme. Aber durch nichts wird die Gesamtheit schwerer geschädigt, als durch eine ausgedehnte Mißhandlung völlig unschuldiger Bürger. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staat wird genügend geschützt durch das Spionagegesetz. Auf jeden Fall muß den einzelnen Bürgern Schutz gegen mißbräuchliche Anwendung der Schutzhaft gewährt werden. Sind doch solche Mißbräuche vorgekommen, die geradezu nach Garantien schreien. Der einzelne ist zurzeit vollkommen hilflos, er erfährt nicht den Grund seiner Verhaftung, hat kein Verschwerderecht, kein Recht auf den Bestand eines Verteidigers. Ich erinnere nur an den Fall Rehring. Um das Deutsche Reich gegen die Feder eines über 70-jährigen Mannes zu schützen, mußte er in Schutzhaft genommen werden! Schlimmer ist noch, daß man in zahllosen Fällen Leute, die Flugblätter verteilt haben, vier Wochen in Schutzhaft genommen hat. Eine merkwürdige Auslegung des Begriffes Schutzhaft, wenn man gleich bei der Anordnung die Frist so genau bemißt! Man könnte stundenlang über solche Mißbräuche sprechen. Auch der vorliegende Entwurf der Kommission läßt noch eine ganze Reihe von Mißbräuchen zu. Immerhin bedeutet er eine Besserung des bestehenden Zustandes. Deshalb sind wir bereit, ihn zur Grundlage der Beratungen in einem besonderen Ausschusse zu machen.

Abg. Gröber (Zr.):

Der Belagerungszustand ist während des Krieges notwendig, aber auch ein wirksamer Rechtschutz gegen die mißbräuchliche Anwendung der Schutzhaft. Bei schwerem Verdacht wird Untersuchungshaft mit allen Garantien eines geordneten Verfahrens hängt, bei leichtem Verdacht militärische Schutzhaft ohne Garantie. Dieser Widerspruch muß beseitigt werden. Für die notwendige gesetzliche Regelung muß die Regierung ebenso wohl noch während des Krieges Zeit finden wie sie die Zeit zur Ausarbeitung neuer Steuererlasse gefunden hat. (Beifall.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 3 Uhr. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus Groß-Berlin.

Die Kriegswirtschaft der Konsumgenossenschaft.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend hielt am Donnerstag die diesjährige Generalversammlung unter starker Beteiligung ab.

Die durch den Krieg verursachten Schwierigkeiten der Lebensmittelbeschaffung haben das Interesse der Mitglieder für ihre Genossenschaft gesteigert. Sie haben aber auch die Wirkung gehabt, daß ihr im letzten Geschäftsjahr sehr viele neue Mitglieder beitraten.

Wie stark die Lebensmittelpreise gestiegen sind und wie sehr andererseits die Lebensmittelbeschaffung erschwert worden ist, darüber kann man sich aus dem umfangreichen und lebenswerten Geschäftsbericht unterrichten.

Zur den Aufsichtsrat berichtete Gütler. Die Gesamtsumme, die pro Mitglied 30 M. beträgt, ist im letzten Jahre infolge des starken Mitgliederzuwachses von 2828 850 M. auf 3314 010 M. gestiegen.

In der Diskussion über die Berichte wurden von Mitgliedern allerlei Beschwerden vorgebracht. Manche der beklagten Uebelstände konnte der Geschäftsführer in seinem Schlusswort aus dem Schwere der Kriegszeit erklären.

Die Generalversammlung genehmigte schließlich die Entlastungserklärung für den Vorstand, ebenso die ihr vorgelegte Bilanz des Geschäftsjahres und die Verfügung über den Reingewinn.

Die Höchstpreise für Wild sind vom Magistrat neu festgesetzt worden. Im Kleinverkauf an den Verbraucher sind die Preise wie folgt bemessen:

- 1. Rehwild: a) für Rücken und Keule (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm 2,75 M.; b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm 1,85 M.; c) für Ragout- oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm 0,90 M.

0,5 Kilogramm 1,65 M.; c) für Ragout- oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm 0,70 M.

3. Wildschweine: A. Bei Tieren bis zu 35 Kilogramm einschließlich: a) für Rücken und Keule (Ziemer und Schlegel) für 0,5 Kilogramm 2,75 M.; b) für Blatt oder Bug für 0,5 Kilogramm 1,95 M.; c) für Ragout- oder Kochfleisch für 0,5 Kilogramm 1,— M.

4. Hasen: a) mit Balg, das Stück 6,50 M.; b) ohne Balg, das Stück 6,20 M.

5. Wilde Kaninchen: a) mit Balg, das Stück 1,95 M., b) ohne Balg, das Stück 1,85 M.

6. Hasen: a) Hähne, das Stück 5,70 M.; b) Hennen, das Stück 4,60 M.

Wild wird im Kleinverkauf durch den Jäger selbst an den Verbraucher abgegeben, so dürfen die für den Großhandel mit Wild gesetzten Preise nicht überschritten werden.

Personenverkehr und Güterverkehr auf den Eisenbahnen. Bekanntlich drängt sich der Güterverkehr auf den Eisenbahnen in den Herbstmonaten am stärksten zusammen.

Veraltete Briefkästen.

In den Groß-Berliner Vororten, auch in solchen mit dreißigtausend und mehr Einwohnern, befinden sich immer noch zahlreiche ganz veraltete Briefkästen, die bei der Leerung an der Seite geöffnet werden.

Neue Schluszeit für die Annahme von Paketen in Groß-Berlin.

Die Schluszeit für die Annahme von Paketen ist bei allen Postanstalten des Ober-Postdirektionsbezirks Berlin vom 6. November an an Werktagen auf 6 Uhr nachmittags festgesetzt worden.

Gewerbegericht und Oberkommando.

Das Oberkommando in den Marken teilt mit: Vor einiger Zeit ging durch die Tagespresse die Mitteilung, daß das Gewerbegericht zu Berlin der Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 4. April 1916 betreffend Regelung der Arbeit in Web-, Wirt- und Strickstoffe verarbeitenden Gewerbezweigen — Nr. 181/3. 16. N. N. A. — die Rechtszuständigkeit abgesprochen habe.

Einhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Sonnabend, den 28. Oktober 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,00 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,85 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,05 M.; Kabeljau, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,15 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,25 M., groß (von 1 Pfund und mehr) 1,40 M., ohne Kopf (im Ausschnitt) 1,90 M.; Schollen, Klein (bis zu 1/2 Pfund) 1,00 M. (Zufuhr genügend.)

Arbeiterbildungsschule. Heute, Sonnabend abend 8 1/2 Uhr, beginnt im Hörsaal der Schule der Artjus des Genossen Eduard Bernstein über „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1890—1914“.

Liebestragödie.

Gemeinsam in den Tod gegangen sind Donnerstag der Gardehülfsführer Wilhelm Fiehlitz und seine 19 Jahre alte Braut, die Arbeiterin Erna Parisk aus der Hochstraße 43.

Beim Spielen tödlich verunglückt ist der fünf Jahre alte Knabe Hans Tomlowial aus der Döfestr. 4 zu Lichtenberg.

Grüfnungs- und Schluszeiten der Volkshochschulen. Wie im Vorjahre werden die Volkshochschulen während des Winterhalbjahres um 8 Uhr morgens geöffnet und 8 Uhr abends, am Sonntag um 12 Uhr mittags, geschlossen werden.

Ein Raubüberfall im Laden wurde am Mittwoch, den 25. d. M. früh morgens 7 Uhr in dem Hause Auguststraße 86 verübt.

an der Aekle und würgte sie, trotzdem zertrachte ihm diese die linke Wange und beide Hände blutig. Es gelang ihm nicht, Geld zu nehmen. Der Räuber ergriff einen Maxton Zigaretten und entfloß durch die Reißerstrasse nach der Gieselerstrasse zu.

an der Aekle und würgte sie, trotzdem zertrachte ihm diese die linke Wange und beide Hände blutig. Es gelang ihm nicht, Geld zu nehmen. Der Räuber ergriff einen Maxton Zigaretten und entfloß durch die Reißerstrasse nach der Gieselerstrasse zu.

Kleine Nachrichten.

Im Straßenbahnwagen vom Tode übertrast wurde gestern ein unbekannter Mann. Er erkrankte in einem Wagen der Linie 81 an der Ecke der König- und Spanbauer Straße plötzlich so schwer, daß er nach der Rettungswache in der Kellertstraße gebracht werden mußte.

Bei einem Einbruch in die Brotkartenzentrale des Lichtenberger Magistrats ist am gestrigen Freitag ein Brotkartendiebstahl festgenommen worden.

Der Brand einer Oiecherei beschädigte die Berliner Feuerweh in der Prinzessinnenstr. 8.

Aus den Gemeinden.

Neußeln. „Krieg und Frieden“ war das Thema eines Vortrages, welches der Genosse Kasse in einer Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Ortsvereins eingehend behandelte.

Umtausch von Fleischkarten gegen andere Lebensmittel in Charlottenburg.

Wer sich auf die Veranlassung des Charlottenburger Magistrats wegen des Umtausches von Fleischkarten gegen andere Lebensmittelarten gewendet hat, kann die vom 30. d. M. ab gültige neue Fleischkarte in der Zeit vom 30. Oktober bis 4. November im Rathaus, Zimmer 41, unter Vorlage der Charlottenburger roten, grünen oder blauen Lebensmittelkarten umtauschen.

Milch für Kranke in Schöneberg. Kranke, denen auf Grund ärztlichen Attestes Milch bewilligt worden ist, erhalten in Berlin-Schöneberg die Karten für die neue Periode rechtzeitig durch die Post zugestellt.

Lebensmittelverkauf in Britz.

Vom 23. bis 29. d. M. werden in der Verkaufsstelle der Gemeinde folgende Lebensmittel auf nachstehende Abchnitte des Lebensmittelausweises abgegeben: Abschnitt 24: Gerlinge, 25: Eshardinen, 26: Honig, 27: Säfte, 28: Leberwurstpatete, 29: Kaffee, 30: Eier a 32 Pf. auf Nr. 1—1000.

Charlottenburger Schulzahnklinik.

Vom 1. Juli bis 30. September 1916 wurde die städtische Schulzahnklinik in Charlottenburg von 1742 Kindern (786 Knaben und 956 Mädchen) aufgesucht. 1804 Zähne wurden gefüllt, 1311 Zähne gezogen und in 148 Fällen wurde der Korb getötet.

Die Kunstschule Berlin-Wilmersdorf plant auch für diesen Winter wieder eine Reihe ihrer beliebten Volkshochhaltungen abende, die an Sonntagen von 5—7 Uhr stattzufinden pflegen.

Die ersten Veranstaltungen sind angelegt für den 20. Oktober (Volkshochschule), 19. November (Gemeindehalle, Reichs-Friedrich-Strasse) und 10. Dezember (Städt. Gymnasium). Der Eintritt ist frei, die Familien von Kriegsteilnehmern sollen bei der Verteilung der Programme, die als Eintrittskarten gelten und in der Geschäftsstelle, Pariser Str. 45, zu haben sind, in erster Linie berücksichtigt werden.

Gerichtszeitung.

Preissteigerung von Flundern?

Eine Angelegenheit, die großes Aufsehen in Berlin erregt hat, unterlag gestern der Prüfung des Schöffengerichts Berlin-Mitte unter Vorsitz des Assessors Dr. Bagel. Eine Anklage wegen Kriegswunders richtete sich gegen den Fischhändler und Kommissionshändler Franz Albert, dem vorgeworfen wurde: „am 29. April 1916 in Berlin, um den Preis von Flundern zu steigern, den Handel mit diesen dadurch eingeschränkt bzw. unklautere Madenschäften vorgenommen zu haben, daß er 15 Telegramme an seine Lieferanten richtete, um diese von der Zufuhr von Flundern abzuhalten.“

